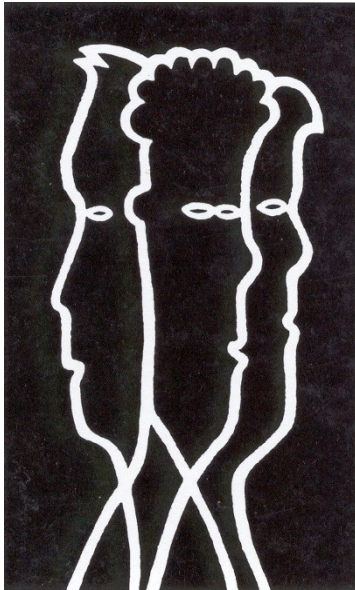


Richard Kelber
Christa Will

EIN PHANTOM GEHT UM

...



**MULTIKULTURELLE
STADT
ALS REALITÄT,
NOTWENDIGKEIT
UND ZIEL**

Verlag Gockel & Klein

"Wollen wir eine multikulturelle Gesellschaft? Wenn ja, in welcher Form wollen wir sie?" Auf der Suche nach Perspektiven für ein gemeinsames (Über-)leben haben der Autor und die Autorin zwei Jahre lang recherchiert. Mit ihrem Buch zeichnen sie spannende, erschreckende, aber auch hoffnungsvolle Bilder ihre Suche nach. Die Ausführungen leben von den Interviews und Diskussionsprotokollen, die die widerstreitenden Kräfte und Tendenzen der bundesrepublikanischen multikulturellen Gesellschaft exemplarisch zum Ausdruck bringen.

"Richard Kelber und Christa Will haben am Beispiel der Ruhrgebietsstadt Dortmund ein Zeitdokument erstellt zur anhaltenden Auseinandersetzung über Rassismus und multikulturelle Gesellschaft. (Noch) mehr können wir derzeit nicht verlangen." (Sandra Alberti, Vorstandsmitglied des Vereins für Internationale Freundschaften, Dortmund)

Ein Buch für Menschen, die die Suche nach Perspektiven für ein gemeinsames Überlegen fortführen wollen – in den Bereichen Kultur, Bildung, Politik.

Richard Kelber, geb. 1948, ist Diplom-Politologe mit Staatsexamen für die Grund- und Hauptschule. Er war tätig in der Wissenschaftlichen Begleitung des Gesamtschulversuchs Nordrhein-Westfalen, später als Tennislehrer, Liedermacher und Journalist sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fernuniversität Hagen, an der er 1985 mit einer wissenschaftskritischen Arbeit zum Dr. phil. promovierte. Seit 1984 ist er Mitglied der kommunalen Fraktion DIE GRÜNEN im Rathaus/Dortmund. Bis 1989 war er einer ihrer Geschäftsführer.

Christa Will wurde 1953 in Dortmund geboren. Als alleinerziehende Mutter hat sie ihr Studium der Pädagogik 1989 mit dem Diplom abgeschlossen. Das Projekt "Multikultur" war für sie eine Möglichkeit, außerhalb des bürokratisierten Wissenschaftsbetriebes eine innovative Untersuchung zu einer gesellschaftlich aktuellen Frage anzustellen.

München und Dortmund 1993

Umschlaggestaltung: Thomas Wienand, Dortmund

ISBN 3-927507-32-6

INHALT

Vorwort	5
Einführung	9
Zusammenleben in einer „toleranten Stadt“	13
Beide Seiten haben Vorurteile <i>Dezember 1991</i>	17
Zum Reden gibt es keine Alternative <i>ExpertInnengespräch am 11. Februar 1992</i>	27
Zivilcourage wäre etwas, durch das Leben entstehen könnte <i>Referat und Diskussion am 05. März 1992</i>	61
Aber trotzdem sind wir ziemlich unterschiedlich <i>Gespräch in einer Jugendfreizeitsstätte, 30. April 1992</i>	87
Von Mitläufern kann man keine Hilfe erwarten <i>Gespräch mit 20 griechischen Jugendlichen, 22. Juni 1992</i>	97
Multikultur – Widrigkeiten und Schwierigkeiten Wer schützt die Flüchtlinge vor der Gewalt von rechts <i>November 1992</i>	113
„Multikulturelle“ Stadt – Phantom oder notwendige Perspektive für gemeinsames (Über)leben in Dortmund? <i>Dezember 1992 – Fazit</i>	121
Anhang	
„Was ist Multikultur?“ – Leitfaden für narrative ExpertInnen-Interviews	129

(Diese Seitennummerierung entspricht der des Buches.)

„Politisch Verfolgte **genießen** Asylrecht.“
(Art. 16 GG)

Vorwort

Das vorliegende Buch ist eine Zusammenstellung von Arbeitsergebnissen des ABM-Projekts „Multikulturelle Stadt – Phantom oder notwendige Perspektive für gemeinsames (Über)leben in Dortmund?“ Träger des Projekts war der Verein für Internationale Freundschaften. Die Finanzierung wurde vom Arbeitsamt Dortmund und – ein wenig – von der Stadt Dortmund übernommen. Wir danken dafür ebenso herzlich wie sehr.

Die Texte sind im Arbeitsprozeß historisch auseinander erwachsen und bauen aufeinander auf – und zwar in einer eigenen Systematik, die Spiegelbild der gesellschaftlichen Auseinandersetzung wie der gesellschaftlich-politischen Entwicklung ist. Als Projektziel hatten wir zunächst die Entwicklung praktischer Beiträge zum multikulturellen Zusammenleben in der Stadt definiert. Auf der Grundlage einer – durchaus kritischen – Bestandsaufnahme sollten konstruktive Ansätze zu realen Veränderungen entstehen. Die Frage „Wo bleibt das Positive, Herr Kästner?“ sollte erst gar nicht gestellt werden müssen.

Es sollte jedoch völlig anders kommen. Schon in der Zeit zwischen Antragstellung und Projektbewilligung und dann noch einmal bis zum Beginn der ersten ExpertInnengespräche wurden wir zweimal von der aktuellen Entwicklung in der BRD derart „überrollt“, daß es naiv gewesen wäre, einfach wie geplant weiterzumachen, ohne die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen für „Multi-Kulti“ zur Kenntnis und in die Überlegungen aufzunehmen. Die Rede ist, wer wüßte das nicht, von der „Asyl-Debatte“, die wie kein anderes Thema die gesellschaftliche und politische Fähigkeit und Bereitschaft zur Wahrung der Menschenwürde in diesem Land auf die Probe und in Frage gestellt hat. Später kam hinzu, daß – möglicherweise unter dem Eindruck der sich verschärfenden Auseinandersetzung – die Ratlosigkeit gerade derer groß war, in die wir bei der Suche nach Bausteinen für eine multikulturelle Stadt besondere Hoffnungen gesetzt hatten.

Dieses Buch ist deshalb kein Entwurf für eine multikulturelle Stadt. Es präsentiert Gesprächssplinter, die ebenso im Kontinuum der Gesellschaft wie in ihren Brüchen entstanden sind -und diese Widersprüchlichkeit thematisieren. Das „Verfallsdatum“ so mancher Aussage könnte den LeserInnen schon arg überschritten erscheinen. Aber angesichts der langen, fortdauernden und nicht konfliktarmen Geschichte der „Integration“ von Fremden gerade im Ruhrgebiet sollte es darauf ankommen, auch die jüngere Geschichte nicht zu früh zu vergessen. Wer sich eingehend mit der Thematik befaßt,

wird feststellen müssen, daß viele der „historischen“ Fragen bis heute unbeantwortet sind. In den Texten scheinen zudem wichtige Probleme auf, die im Alltag gar nicht mehr wahrgenommen werden – und deren Verdrängung gleichwohl politische und gesellschaftliche Meinungen, Trends und Entscheidungen beeinflußt. Insofern sind sie auch über Dortmund hinaus von Interesse und relevant.

Ob wir unsere 1990 definierten Ziele – oder andere – erreicht haben, müssen die LeserInnen entscheiden. Uns selbst sind bei dieser Arbeit, was uns manchmal zum Vorwurf gemacht wurde, mehr Fragen als Antworten zu gewachsen. Aber das ist nicht (nur) Folge unseres Unvermögens, sondern (vor allem) der realen gesellschaftlichen Entwicklung. Vier Texte sollen dies exemplarisch plausibel machen.

Verwaltungsgericht Hannover:

„Die Kammer berücksichtigt dabei, daß in Übergangswohnheimen für ausländische Flüchtlinge auch solche Personen oder Gruppen Aufnahme finden können, die infolge ihrer gänzlich unüblichen Gewohnheiten, Lebensstile, Familiengröße, aber auch der zu beobachtenden Rücksichtslosigkeit oder übergroßen Zahl jugendlicher Mitglieder in so enger räumlicher Unterbringung Nachbarn eines Wohngebietes nicht ohne weiteres zumutbar sind.“

Pascale Hugues: (Deutschlandkorrespondentin von „Liberation“):

„Bleibt die Frage: Welchen Einfluß werden diese Massendemonstrationen auf die Bonner Politik wirklich haben? Denn es ist ja die politische Klasse, die ihrer Verantwortung nicht nachgekommen ist. Das Bonner Establishment hat versagt. Es ist in dieser byzantinischen juristischen Debatte über den Verfassungsartikel 16 versackt, statt die Seuche rechtsextremer Attacken rechtzeitig einzudämmen. Der in Bonn geschnürte Kompromiß gibt auf fundamentale Fragen keine Antwort. Das archaische *ius sanguinis*, wonach Deutscher ist, wer deutsche Eltern oder auch nur entfernte deutsche Vorfahren hat, gilt weiterhin. Deutschland ist keine Integrationsgesellschaft. Die Neufassung des Artikels 16 ist nicht mit einem klaren Einwanderungsgesetz verknüpft. Dieses Versagen der politischen Klasse Deutschlands ist bei weitem besorgniserregender als die im Ausland so begierig aufgenommenen Bilder von einer bevorstehenden Rückkehr des Dritten Reiches im vereinigten Deutschland.“

Micha Brumlik (Hochschullehrer in Heidelberg):

„Wer sich als ergriffenes Glied innerhalb einer Lichterkette weiß, weiß darum noch lange nicht, was und warum am 30. Januar 1933 geschah. Wer sich in dem Gefühl wähnt, ähnlich wie die ersten Christen in den Katakomben für die Wahrheit zu zeugen, verkennt, daß er oder sie überhaupt nicht

und in keiner Weise selbst gefährdet ist. Sie oder er übersehen zudem, daß erhebliche Gefahren für verfolgte und gefährdete Menschen keineswegs nur von den Brandsätzen der jugendlichen Feuerteufel ausgehen, sondern von den im kalten Neonlicht verfaßten und beratenen Gesetzesvorlagen zur Änderung des Asylrechts, von den Scheinwerfern des Bundesgrenzschutzes an der Oder und dem Strahlen im Gesicht der Politiker nach dem parteiübergreifenden Asylkompromiß. Das religiöse Licht in der Nacht blendet entweder oder läßt blinzeln, die durchs Licht, hier durch die Kerzen beglaubigte Weltsicht ist immer mythologisch, verdrängt die Geschichte ebenso wie die gegenwärtige Wirklichkeit und bleibt bei alledem so unbestimmt, daß sich diesmal niemand davonstehlen muß. Das Licht der Aufklärung hingegen ist allemal das des Tages, in dessen klaren Konturen das Auge die Zeugnisse und Schriften von Gegenwart und Vergangenheit selbst zu lesen vermag.“

Wolfgang Niedecken (BAP):

„Mit diesen Goodwill-Geschichten muß langsam Schluß sein. Wir halten doch nur als Alibi für die Politiker her, um nach außen hin Friede, Freude, Eierkuchen zu demonstrieren. Gleichzeitig wird das Asylrecht abgeschafft und ein Schutzgürtel zur Abwehr von Flüchtlingen errichtet. ‚Mein Freund ist Ausländer‘ ist zuwenig – ‚Mein Freund ist Asylbewerber‘ müssen wir den Politikern klarmachen.“

Wir danken allen, die die Realisierung dieses Projekts möglich gemacht und an ihr mitgewirkt haben.

Dortmund, im Januar 1993

Richard Kelber

Christa Will

P.S.: „Politisch Verfolgte **genossen** Asylrecht.“

(Nicht ganz wörtlich wiedergegebene Fassung von Art. 16a GG)

Einführung

Der Begriff der „multikulturellen Gesellschaft“ ist in den letzten Jahren in der „neuen“ BRD zu einem merkwürdigen Politikum geworden. Eine Gesellschaft, in der vielerlei Kulturen repräsentiert sind, die also im Wortsinn bereits multikulturell ist, streitet sich in Teilen, ob sie das werden will, was sie bereits ist. Dabei wird die Diskussion auf derart verschiedene Ebenen geführt, daß Ursache und Wirkung nicht mehr auf den ersten Blick erkennbar sind. Im gesamten politischen Spektrum herrscht Empörung über die dem Deutschlandbild in der Welt schadenden „Auswüchse“ in Hoyerswerda, Rostock oder Mölln, um nur die markantesten unter Tausenden von Attacken gegen AusländerInnen zu nennen.

Dabei wird -teils geflissentlich -übersehen, daß sich viele der rechtsextremen. Akteure als Ausführende derjenigen begreifen, die auf der politischen Ebene die Asylthematik zum – von den größeren Problemen ablenken sollenden – Dauerthema mit entsprechend eindeutigen Akzentuierungen gemacht haben: Arbeitsteilung zwischen geistigen und realen Brandstiftern. Die allgemeine Aufgeregtheit beim Thema „Ausländerfeindlichkeit“ hat mit dazu beigetragen, daß der notwendige gesellschaftliche Diskurs als produktiver Beitrag zur Entwicklung kaum zustande gekommen ist. Es dominiert die Form apodiktischer Statements, die eher einen Beitrag in Abgrenzung denn zur Auseinandersetzung darstellt.

Anstöße zu einer fundierten Auseinandersetzung und zum Umgang mit dem und den Fremden zu geben, war unser Motiv, im Herbst 1990 ein ABM-Projekt „Multikulturelle Stadt – Phantom oder notwendige Perspektive für gemeinsames (Über)leben in Dortmund?“ zu beantragen. An die programmatische Behauptung des offiziellen Dortmund vom „Zusammenleben in einer ‚toleranten Stadt‘“ knüpfen unsere Fragestellungen an. Wir haben uns bei der Anlage der Untersuchung gegen quantitative Methoden entschieden. Diese beeindruckten zwar durch ihre Datenmengen, ihre Eindeutigkeit und Präzision, sind aber weithin nur Schein. Deshalb haben wir qualitative Ansätze vorgezogen. Damit werden zwar weniger Daten erhoben, aber die Aussagen greifen tiefer, da sie kommunikativer Interpretation unterworfen sind.

Quantitativ zu erlangende Ja-nein- oder Dafür-dagegen-Aussagen bleiben zwangsläufig an der Oberfläche und sagen über Motive und Deutungsmuster kaum etwas aus. Perspektiven praktischer Veränderung von Lebenswelten können so kaum entwickelt werden. Qualitative Methoden stellen sich hingegen dem Problem, daß die für die Initiierung gesellschaftlicher „Diskurse“ freigestellten Gruppen aufgrund der Aussperrung von relevanter Lebenswelt-Praxis mehr oder weniger unfähig werden, ihre Diskurse auf rele-

vante Praxisprobleme zu zentrieren“ (Thomas Heinze, Fernuniversität Hagen, 1980). Wir hoffen, daß unser Versuch gelungen ist, denjenigen das Wort über ihre Lebenswelt-Praxis zu geben, die unsere kompetenten GesprächspartnerInnen waren.

Dieses Buch präsentiert die Ergebnisse ganz unterschiedlicher Kommunikationsprozesse – von narrativen Interviews über fragenzentrierte Gruppengespräche bis zu offenen Diskussionen. So ist zu erklären, daß bestimmte Fragen und Probleme in diesem Buch aus unterschiedlichen Perspektiven mehrfach thematisiert werden. Der Versuch, dies zu vermeiden, wäre einer Verfälschung gleichgekommen. Denn die Texte sind weitestgehend so wiedergegeben, wie sie im Gesprächszusammenhang von den SprecherInnen gewählt wurden. Inhaltliche Veränderungen haben sich bei und nach der Transkription von selbst verboten. Formale Änderungen haben wir nur im Hinblick auf die Lesbarkeit der Texte vorgenommen. Für diese Veröffentlichung sind darüber hinaus Personen, Institutionen; Organisationen und auch politische Vorgänge in Dortmund näher erläutert worden.

Die Kapitel dieses Buches vermitteln den Arbeitsprozeß im Projekt. In einer längeren Phase haben wir auf der inhaltlichen Grundlage unseres Projektantrags und der daraus entwickelten Leitfragen für narrative ExpertInnen-Interviews einen Einblick in die verschiedensten, jedoch durchweg positiv orientierten Perspektiven multikultureller Stadt gewonnen. In unserem Zwischenbericht vom Ende 1991 („Beide Seiten haben Vorurteile“) sind die besonders prägnanten Aussagen zusammengefaßt.

In mehreren Gesprächsrunden haben wir diesen Bereich zur Diskussion gestellt. Eine umfangreichere Debatte ist hier nachzulesen („Zum Reden gibt es keine Alternative“). Sie macht auch deutlich, daß angesichts der immer noch bestehenden scharfen Trennung von Wissenschaft und Praxis eine „Diskurs-Über-Praxis-Erfahrung“ (Heinze) nicht ohne Mühe initiiert werden kann. Zugleich zeigt dieses Gespräch, wie fruchtbar es sein könnte, wenn PraktikerInnen den Diskurs über ihre Praxis in wesentlich größerem Umfang als heute auch selbst, sozusagen „dienstlich“ führen dürften, statt daß dieser als „wissenschaftliche Forschung“ aus dem Alltag ausgegliedert und ihm entfremdet wird.

In einer öffentlichen Veranstaltung haben wir im Frühjahr 1992 unsere Erkenntnisse vorgestellt („Zivilcourage wäre etwas, durch das Leben entstehen könnte“). Die Diskussion hat vor allem gezeigt, daß die Bemühungen um MultiKulti an unterschiedlichen Beurteilungen der politischen/sozialen Situation ebenso krankten wie an Mißverständnissen. (Partei-)politische Gräben sind auch angesichts dieser Probleme nicht so leicht zuzuschütten.

Aus April und Juni 1992 datieren zwei Gespräche, die wir mit Jugendlichen geführt haben („Aber trotzdem sind wir ziemlich unterschiedlich“ und „Von Mitläufern kann man keine Hilfe erwarten“). Wir haben diese Texte ausgewählt, weil in ihnen die Probleme auf den Punkt – der AusländerInnen – gebracht werden. Die Vitalität der Jugendlichen verbietet ihnen offensichtlich, die Verhältnisse durch Verdrängung zurechtzubiegen, wie wir es in anderen Zusammenhängen erlebt haben.

„Multikultur – Widrigkeiten und Schwierigkeiten“, ein Vortrag aus November 1992, beschreibt die Entwicklung der Auseinandersetzung unter den Bedingungen einer verschärften Asyl-Debatte. „„Multikulturelle‘ Stadt – Phantom oder notwendige Perspektive für gemeinsames (Über)leben in Dortmund?“ ist der Versuch eines Resümées im Sinne eines Abschlußberichtes für die Finanziere dieses Projekts. Inhaltlich ist dieses Kapitelein Beitrag zur laufenden Debatte.

Dieser stellen wir uns mit einer Definition. „Kultur“ ist ein ebenso vielfältiger wie schillernder Begriff. Um geistigen Verrenkungen vorzubeugen, halten wir uns an Herrn Brockhaus, der „Kultur als Inbegriff für die im Unterschied zur Natur und durch deren Bearbeitung selbst geschaffene Welt des Menschen“ begreift.

„Multi“ bereitet da schon größere Probleme. Denn Kultur ist vielfältig. Insofern ist jede Gesellschaft eine „multikulturelle“: Es gibt Alte und Junge, Frauen und Männer, Große und Kleine, Dicke und Dünne, Weiße und Farbige. Oder die vielleicht doch nicht immer und überall? Womit wir beim Problem wären – dem und den Fremden.

Der Begriff „multikulturell“ hat für uns seine konkrete Bestimmung im Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung und Auseinandersetzung als Kennzeichen für eine Gesellschaft, die die Existenz Fremder zur Kenntnis nimmt und sich damit auseinandersetzt. Alles andere halten wir für kulturlose Beliebigkeit – ohne die wir schon genügend Schwierigkeiten mit der Begrifflichkeit haben: Welche Bezeichnung für Menschen ohne deutschen Paß „dürfen“ wir eigentlich noch wählen, ohne von HüterInnen der richtigen Linie(n) der Fremden-/Ausländerfeindlichkeit geziehen zu werden?

Zusammenleben in einer „toleranten Stadt“ – Aufgabenstellung und Ziele des Projekts

Dortmund, im Oktober 1990

Dortmund soll eine „tolerante Stadt (sein), in der die Menschen mit- und nicht nebeneinander leben“. So die „Leitlinien zur Stadtentwicklung“, die die Stadtverwaltung Dortmund im Entwurf vorgelegt hat. In dieser Stadt leben aber seit Jahrzehnten Bevölkerungsgruppen neben- und nicht miteinander. Häufig muß realistischer von gegeneinander gesprochen werden. Dies betrifft vor allem die Lebenssituation der „AusländerInnen“ und das Verhältnis, das „InländerInnen“ zu ihnen haben. „AusländerInnen“ stehen häufig auch nach längerem Aufenthalt in Deutschland vor Sprachproblemen. Dadurch werden die Verständigungsschwierigkeiten des sozialen Lebens potenziert. Die soziale Stellung der meisten „AusländerInnen“ führt dazu, daß sie sich dort ansiedeln müssen, wo das Leben in der Stadt einigermaßen erschwinglich oder besonders preiswert ist. Daraus ergibt sich der hohe Anteil an „AusländerInnen“ vor allem in der Innenstadt-Nord.

Angesichts dieser Situation „tolerante Stadt“ zu fordern, geht an der Realität vorbei, da nicht die gesamte Stadt mit den sich daraus ergebenden Problemen konfrontiert ist. Es geht um den „toleranten Stadtbezirk bzw. Stadtteil“. Kommunalpolitik und -verwaltung, die durch Wohnumfeldverbesserung und andere vorwiegend technisch orientierte Maßnahmen- wie etwa Verkehrsberuhigung und Fassadengestaltung die Lebenssituation in diesem Stadtbezirk verbessern wollen, stehen vor dem Problem, daß sich nicht einmal ein relevanter Teil der „InländerInnen“ an der Gestaltung des möglichen „Miteinanders“ beteiligt.

Die AnwohnerInnen beteiligen sich häufig erst dann, wenn es zu spät ist, wenn sie bemerken, daß die technischen Maßnahmen Konsequenzen haben, die nicht in ihrem Interesse sind. Diese Erfahrung hat auch die Projektgruppe Nord der Stadtverwaltung Dortmund machen müssen. (Der Rat der Stadt Dortmund hat der Verwaltung die „relative Gleichversorgung der Stadtbezirke“ als Aufgabe übertragen.

Das „Nordstadt-Programm“ war wichtigster Bestandteil der Ziel-Definition. Denn dieser Stadtbezirk hatte trotz der Bemühungen in den 60er und 70er Jahren sein Aus- und Ansehen als gebeutelter Industriestandort nicht verbessern können. Zur Umsetzung des Programms wurde vor Ort 1986 die „Projektgruppe Nordstadt“, PG Nord, eingerichtet. „Mit gutem Erfolg“, wie Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor in einer Dokumentation Mitte 1992 meinten. Darüber gehen die Ansichten auseinander, wie die LeserInnen noch feststellen werden.)

In einer solchen Situation sich darüber Gedanken zu machen, wie „AusländerInnen“ in größerem Maße an Planungsprozessen beteiligt werden können, ist sicher sinnvoll und für die Kommunalverwaltung auch notwendig. Die „Förderung des sozial adäquaten Aneignungsprozesses neugeschaffener Aufenthaltsflächen“, so der Titel einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der Projektgruppe Nordstadt, hat wahrscheinlich nicht nur für die „AusländerInnen“ ihren guten Sinn, wie die Proteste von AnwohnerInnen zeigen. Nachdem mit relativ großem Aufwand in der Nordstadt Plätze neu gestaltet oder geschaffen worden waren, stellte sich heraus, daß „Aufenthaltsqualität“ sehr unterschiedlich bewertet werden kann. Viele AnwohnerInnen jedenfalls sahen überhaupt keinen „guten Erfolg“ darin, daß auf diesen Plätzen tagtäglich Gruppen mit viel Gejohle und Getobe feierten, was sie zu feiern hatten. Ihre Nachtruhe war dahin. Für SchichtarbeiterInnen keine angenehme Erfahrung.

Mit der anspruchsvoll formulierten AB-Maßnahme sollte dieses Problem gelöst werden. Für das soziale und kulturelle Leben ist allerdings mehr gefordert – und zwar nicht nur deshalb, weil wir davon auszugehen haben, daß „AusländerInnen“ in großer Zahl dauerhaft in Dortmund bleiben werden. Die de facto „multikulturelle Gesellschaft“ bzw. Stadt kann nicht einfach darauf hoffen, daß die „AusländerInnen“ schon zurechtkommen, sich integrieren oder anpassen werden. So sie denn human, tolerant oder auch nur zivilisiert sein will, muß sie sich die Frage stellen, wie „AusländerInnen“ ihre sozialen und kulturellen Lebensformen in diese Stadt einbringen können, statt sich in monokulturellen Ecken damit zu verkriechen (etwa in Kulturvereinen).

Damit stellt sich die Frage, ob die „InländerInnen“ überhaupt Interesse an einer Konfrontation mit „ausländischer“ Kultur haben, die mehr bedeutet als Kebab, Gyros und hier und da ein bißchen Tanz und Musik bei einem Fest. Es ist einerseits davon auszugehen, daß „die Gesellschaft“ eine gleichberechtigte Entwicklung der verschiedenen Kulturen nicht will. Nichts drängt sozusagen von selbst danach. Andererseits ist festzustellen, daß von „ausländischer“ Seite die Gleichberechtigung der vielen in dieser Stadt faktisch vorhandenen Kulturen nicht eingefordert wird. Es reicht aber nicht, dies festzustellen. Es muß die Frage beantwortet werden, warum das so ist, ob und wie dies verändert werden soll und kann – und von wem.

Auf der Grundlage der vorhandenen Daten und Fakten ist danach zu fragen, wie die Verhältnisse der Kulturen zueinander sich darstellen. Eine solche Untersuchung kann sinnvollerweise beginnen mit einer Befragung von Personen, die aus beruflichem, gesellschaftlichem oder politischem Engagement mit den vorhandenen Problemen und Perspektiven einer „multikultu-

rellen Stadt“, die aber nicht bewußt als solche lebt, befaßt sind. Solche „ExpertInnen“ sind in der Stadtverwaltung Dortmund, den Wohlfahrtsverbänden, „ausländischen“ Vereinen und allen in der Innenstadt- Nord engagierten Initiativen aufzusuchen. Aus diesen Gesprächen sollten sich Fragestellungen für Gespräche mit „AusländerInnen“ und „InländerInnen“, die in der Innenstadt-Nord leben und sozusagen ExpertInnen des Alltagslebens sind, ergeben. Mit diesen soll der Frage nachgegangen werden, warum die „multikulturelle“ Gesellschaft zwar „objektiv“ vorhanden ist, aber von den Menschen nicht mit-, sondern nebeneinander gelebt wird, ob sie dieses ändern oder geändert sehen wollen und – gegebenenfalls – wie.

In Einzel- und Gruppengesprächen soll der Frage nachgegangen werden, welche Institutionen und Bräuche die jeweiligen Kulturen in besonderer Weise bestimmen und in welchen „Einrichtungen“ diese gelebt und umgesetzt werden. Denn solche „Einrichtungen“ müßte es auch in der Fremde geben (dürfen), da ansonsten berechtigt von kultureller Unterdrückung fremder Kulturen durch die InländerInnen mit deutschem Paß gesprochen werden müßte. Damit verbindet sich unmittelbar die Frage nach den gesellschaftlichen und realen Räumen, die eine „multikulturelle“ Stadt zur Verfügung stellen muß, damit sich auch „ausländische“ Kulturen entfalten können. Und damit verbindet sich die Frage, welche Widerstände vorhanden sind gegen die „Etablierung“ der Kulturen anderer Länder in dieser Stadt.

Das Ziel dieses Projekts ist es nicht, den vorhandenen einschlägigen Studien, die mehr oder weniger folgenlos geblieben sind und bleiben werden, eine weitere hinzuzufügen und damit das Ansehen der AutorInnen zu mehren. Die Zielsetzung ist eindeutig lebenspraktisch bestimmt und auf praktische Perspektiven des gesellschaftlichen Lebens orientiert. Dies bedeutet allerdings nicht, daß scheinpragmatisch losgewerkelt werden soll. Ohne einen „theoretischen“ Begriff von der Problematik muß auch das bestgemeinte Handeln scheitern.

„Praktisch orientiert“ kann auch nicht heißen, täglich irgendwo „verwertbare“ Ergebnisse abzuliefern. Damit verbindet sich allerdings der Anspruch, im Verlaufe des Projekts – und nicht erst nach Abschluß – Überlegungen und Anregungen in die Arbeit der verschiedensten Organisationen und Institutionen einbringen zu können, um dazu beizutragen, „multikulturelle“ Elemente gesellschaftlichen Lebens in dieser Stadt zu realisieren, wenn denn der gesellschaftliche Wunsch danach vorhanden ist und entsprechende Perspektiven entwickelt werden können.

Beide Seiten haben Vorurteile

Dortmund, im Dezember 1991

„Ich bin schwer krank, ich bin psychosomatisch krank. Ich bin ein Ausländer. Das ist die Diagnose. Ich bin schwer psychosomatisch krank, weil ich keine Rechte habe. Ich lebe als Krüppel, als politisch Behinderter in diesem Land. Und als politisch Behinderter kann ich nicht gesund sein. Keine Psychotherapie, keine Psychoanalyse, keine Verhaltenstherapie kann mir helfen. Die Therapie gegen menschliches Unglück müssen wir offenbar alle gemeinsam entwickeln.“ (Dr. Zamlic/Frankfurt)

Als die Idee zu diesem Projekt entstand, war es vielleicht noch möglich, an erster Stelle die Suche nach den positiven Möglichkeiten der „multikulturellen“ Stadt zu nennen. Heute, nach den Ereignissen, die sich vor allem mit den Namen Hoyerswerda und Hünxe verbinden, wäre dies wissenschaftlich wie politisch naiv. Heute geht es möglicherweise „nur“ noch darum zu fragen, wie eine Eskalation des Negativen zu verhindern ist. Die Hoffnungen sind nicht sonderlich groß. Schließlich war es nicht die Bundesrepublik Deutschland, sondern Frankreich, wo nach Angriffen auf „Ausländer“ der Ministerpräsident an der Spitze einer Demonstration von 200.000 Menschen auf die Straße gegangen ist. Schlimmer noch: „Es dominiert die Meinung, daß Aggression gegen diejenigen, die in das volle Boot einsteigen möchten, natürlich und unvermeidlich sei, wenn auch im je einzelnen Fall bedauerlich und verurteilenswert. Das Motiv gilt weiterhin als akzeptabel, nur eben nicht die extremistische Form, die nun immer wieder daraus hervorgeht.“ (Arno Klönne, Hochschullehrer in Münster) Deshalb ist der Satz aus der „tageszeitung“ vom 09.11.91 so treffend: „Wenn Du einen ‚Ausländer‘ triffst, erwarte nicht, daß er ausflippt vor Entzücken, wenn Du das Wort multikulturell erwähnst.“

Am Beginn unserer Arbeit an diesem Projekt stand die Literaturrecherche. Angesichts vielfältiger theoretischer Literatur und praxisbezogener Erfahrungsberichte im deutschen Sprachraum einerseits und der Existenz vielfältiger Aktivitäten in dieser Stadt andererseits ist es erstaunlich, wie wenig schriftliche Dokumente über die Arbeit „multikultureller“ Projekte in Dortmund existieren. Als wichtigster Beitrag könnte die Studie „Zusammenleben von Ausländern und Deutschen in Dortmund“ des Meinungsforschungsinstituts FORSA aus dem Jahre 1987 erscheinen: „Die Ergebnisse der Befragung sollen in den geplanten Ausländerbericht (der Stadt Dortmund) einfließen.“ Dieser Bericht ist von der Stadtverwaltung bis heute nicht erstellt. Die FORSA-Studie wurde vermutlich als unzureichend empfunden. Dies könnte mit dem rein quantitativen Ansatz der Befragung zusammenhängen.

Auf der Grundlage der Literaturlauswertung haben wir einen Gesprächsleitfaden für die geplanten Befragungen entwickelt. (Anhang) Damit waren die allen Gesprächen gemeinsamen Schwerpunkte festgelegt, die um intensive Beratungen über die konkreten Erfahrungs- und Arbeitsbereiche der Gesprächspartnerinnen ergänzt wurden.

Wir haben von unseren Gesprächen zwanzig als Grundlage für die weitere Arbeit ausgewählt. Die Gesprächspartnerinnen in Dortmund kamen aus den Bereichen Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, Schule, Hochschule, Kirchen, Politik und Gewerkschaften. In allen diesen Bereichen war festzustellen, daß an Projekten, die im weitesten Sinne als „multikulturell“ oder als solche bezeichnet werden können, von denen „Ausländer“ besonders betroffen sind, hauptamtlich kaum „ausländische“ Beschäftigte teilnehmen, obwohl alle GesprächspartnerInnen betont haben, wie wichtig es wäre, wenn... „Solche ausländischen Mitarbeiter sind in Dortmund noch eine seltene Perle.“ Das gilt für die Stadtverwaltung Dortmund, aber auch für die Gewerkschaften, die sich in dieser Hinsicht „mit ihrer eigenen Programmatik schwertun“ (Peter Kühne, Sozialakademie Dortmund), und für andere Institutionen und Organisationen.

So absurd es klingt, die Antwort auf die Titelfrage dieses Projekts „Multi-Kulti – Phantom oder Perspektive?“ lautete durchweg: Ja! Das ist möglich, weil zwei Dimensionen unterschieden wurden. „Auf der deskriptiven Ebene ist Dortmund selbstverständlich eine multikulturelle Stadt: über 22.000 Türken, fast 7.000 Jugoslawen, über 2.000 Marokkaner, fast 500 Tunesier und noch fast 26.000 Menschen mit anderem Paß, anderer Nationalität“, so ein Awo-Mitarbeiter. Die „notwendige Perspektive“ wurde von den meisten Befragten definiert im Sinne von Claus Leggewie: „Die multikulturelle Gesellschaft ist weder Realität noch Vision, kein utopischer Traum, den es noch zu verwirklichen gilt, oder eine Gegenwart, die ein für allemal bewältigt ist. Sie ist ein Prozeß, der sich ereignet und täglich weiter zu gestalten ist.“ Auch in diesem Sinne waren sich alle GesprächspartnerInnen einig, daß „die multikulturelle Gesellschaft nicht existiert“. Aber die meisten gingen darüber hinaus und erklärten, daß selbst die Grundvoraussetzungen dafür (noch) nicht gegeben seien.

Die ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Lieselotte Funcke, hat die Ansprüche an ein gleichberechtigtes Zusammenleben sehr hoch angesetzt. „Von Goethe stammt das Wort: Toleranz sollte nur eine vorübergehende Gesinnung sein; sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.“ Dagegen steht allerdings eine ganz und gar andere Auffassung, die Alain Finkielkraut, ein französischer Philosoph, so formuliert hat: „Gibt es eine Kultur da, wo man über Delinquenten körperliche Züch-

tigungen verhängt, wo die unfruchtbare Frau verstoßen und die Ehebrecherin mit dem Tod bestraft wird...?“ Nach Finkielkraut kann auch in diesem Fall „dulden beleidigen heißen“. Und sicher war dies gemeint, als ein evangelischer Pfarrer gesagt hat: „Aus der türkischen Pädagogik spricht eine ganz schwarze autoritäre Pädagogik mit autoritären Machtstrukturen.“ Der Geschäftsführer des Dortmunder Ausländerbeirats faßte die Probleme MultiKulti-Engagierter so zusammen: „Die multikulturelle Gesellschaft haben wir schon seit langem, aber wirklich jetzt miteinander zu leben, das ist ja das Problem. **Beide Seiten, die deutsche und die türkische, haben Vorurteile.**“

Dies bestätigt die Aussage eines anderen Experten: „Je anonymer das Verhältnis, desto ruppiger wird das Klima. Hier haben offensichtlich nicht nur Stadtplaner versagt und Sozialpädagogen gegen Windmühlen gekämpft – hier drücken sich auch Aggressionen und Frustrationen sich benachteiligt fühlender Menschen aus.“ Aber: Was als Vorurteil bezeichnet wird, „brauchen wir, weil wir uns nämlich ohne sie gar nicht orientieren könnten. Vorurteile braucht man, denn es sind verkürzte Formen gesellschaftlicher Erfahrung, die durchaus zur Selbsterhaltung notwendig sind“ (Detlev Clausen in der Zeitschrift „links“). Er wertet Vorurteile als „Voraussetzungen für Urteile als Voraussetzungen für Handeln“. Aus der Beurteilung „je anonymer, desto ruppiger“ muß eine Einsicht in die Realität gewonnen werden, die lauten könnte: Das Zusammenleben zwischen den Angehörigen der verschiedenen Kulturen in der Bundesrepublik Deutschland ist quantitativ bei weitem noch nicht so entwickelt, daß positive Vorurteile das Bild bestimmen würden („je persönlicher, desto netter“).

Die bereits erwähnte FORSA-Umfrage enthält sehr widersprüchliche Informationen über den Grad des „Zusammenlebens von Ausländern und Deutschen in Dortmund“, weil Qualität (anonym/persönlich...) nicht erfragt wurde. Es ist anzunehmen, daß eine Angabe des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahre 1985 Gültigkeit hat, die besagt, daß 75% aller erwachsenen „Ausländer“ und 81% aller hier lebenden erwachsenen Türken „keinen deutschen Freund“ haben. Den Gründen für diesen Tatbestand wird in weiteren Gesprächen nachzuforschen sein.

Zunächst möchten wir uns jedoch auf der Ebene des „Vorurteils“ der Aussage eines Dortmunder Gesprächspartners zuwenden, der die Problematik ganz anders beleuchtet: „Es wäre blauäugig, wenn wir eine latente Angst vor den Fremden und einer Zukunft mit Fremden nicht registrieren würden.“ Dem sei entgegengehalten, daß der Deutsche Bundestag interessanterweise nach Hoyerswerda mehr über diese „latente Angst vor den Fremden“ als über die reale und berechtigte Angst der „Fremden“, denen „die

Deutschen“ mit Sicherheit mindestens genauso fremd sind, gesprochen hat. Im Ausländerbeirat der Stadt Dortmund hat im Sommer 1991 der Tunesier Hamadi El-Aouni daraus geschlossen: „Dementsprechend dürften auch die angestrebten Lösungsansätze ausgerichtet sein, d.h. daß die deutschen Institutionen ihre Probleme und nicht die der betroffenen Muslime zu lösen versuchen.“

Je anonymer, desto ruppiger: Die Umkehrung dieser Feststellung durften wir in einem Gespräch mit einem Fußballtrainer erleben, dessen Team sich aus Angehörigen von sieben Nationen zusammensetzt: „Das ist völlig uninteressant, wo der herkommt, das ist witzlos. Das liegt, glaube ich, an dem einzelnen, daran, wie intelligent der ist. Die weniger Intelligenten sagen, ich bin Türke und so. Aber wenn die mal zu denken anfangen, dann sagen die: Moment mal, wir sind Menschen. Das ist bei allen gleich. Das ist gehopst wie gesprungen.“

Vergleichbare Erfahrungen hat wohl auch jener Grundschulrektor gemacht, der folgenden Schluß gezogen hat: „Man kann ja nicht multikulturelle Dinge verordnen, das muß sich erst einmal entwickeln. Und das geht eigentlich nur über die Kinder. Wenn sich das noch so zehn Jahre weiterentwickelt, dann wird es immer ein Stückchen besser.“ In diesem Sinne haben viele GesprächspartnerInnen darauf bestanden, es komme darauf an, Angebote zu machen für das Zusammenleben mit „AusländerInnen“. Dabei ist bisher die Frage völlig unbeantwortet, warum es zwischen den Angehörigen der verschiedenen Nationen und „den Deutschen“ vielfältige Bemühungen um „Bewegungsräume“ gibt, kaum aber für das Zusammenleben zwischen den verschiedenen „AusländerInnengruppen“.

Angesichts der Schwierigkeiten und zuweilen sogar Hoffnungslosigkeit bei der Lösung vorhandener Probleme knüpfen fast alle ExpertInnen ihre Hoffnungen an den Nachwuchs: „Im Kinder- und Jugendbereich wird die Multikulturalität am alltäglichsten praktiziert.“ Für das, was auf der „offiziellen“ Ebene geschieht, wird die Ritualisierung ebenso festgestellt wie bedauert: Die „Woche der ausländischen MitbürgerInnen“, eine jeden Herbst die Republik beglücken sollende Veranstaltung, wird als „ständige Wiederholung“ betrachtet. „Das ist wie Gesichtspflege.“ Andererseits würde bedauert, wenn diese Veranstaltungsreihe abgeschafft würde. „Da kommen zwar immer dieselben hin. Aber wenn es das nicht mehr gäbe, gäbe es gar nichts mehr.“ Die Frage, warum diejenigen im politischen Raum, die diese Problematik erkannt haben müßten, keine Konsequenzen daraus ziehen, wird äußerst selten gestellt. Es handelt sich anscheinend um ein Tabu, obwohl die Unzufriedenheit mit diesem Ritual weiter verbreitet ist, als gemeinhin angenommen wird.

Jenseits dieses und anderer Rituale (regelmäßig Folklore-Veranstaltungen) wirft das Problem des kulturellen Austauschs die wichtigste Frage im Zusammenleben überhaupt auf: „Diese Kulturen, die wir offenkundig mitintegrieren, sind nicht gleichberechtigt – aber möglicherweise ist das ja das Problem. Daß wir zwar viele Kulturen wollen, aber sie nicht gleichberechtigt wollen.“ (W.-D. Bukow in „Rathaus ratlos“ /Köln)

Allgemein wird festgestellt: „Die Multikulturelle Gesellschaft erfordert Rechtsgleichheit.“ (Friedrich Popp) Aber dieses Rechtsproblem ist auf kommunaler/lokaler Ebene unlösbar. Solange der Bund die Realität des „Einwanderungslandes BRD“ verdrängt und leugnet, bleiben die „AusländerInnen Gäste“. (Wie dieser Gaststatus definiert werden kann, hat neulich ein ZDF-Reporter bei der Übertragung eines „Länderspiels“ zwischen einer belgischen und einer deutschen Elf erklärt: „Heute sind wir alle hier Ausländer, und deshalb sollten wir uns auch entsprechend. benehmen.“)

Die Kommunikationsschranken zwischen „InländerInnen“ und „AusländerInnen“ liegen jedoch nicht nur auf der rechtlichen, sondern auch auf der kulturellen Ebene: „90% der türkischen Frauen und 60% der türkischen Männer können überhaupt nicht lesen.“ Mögen sich diese Zahlen auch auf die „erste Generation“ beziehen, heißt das noch lange nicht, daß das Sprachproblem in kürzester Frist behoben sein wird. Denn es handelt sich um Tausende von Menschen, die noch auf lange Zeit hier leben werden, ohne mehr als „Tarzan-Deutsch“ zu sprechen. Das Erlernen der deutschen Sprache wurde ihnen bei ihrer Ankunft verwehrt. Sie waren ja nur als Arbeiter gekommen und erbeten. Mittlerweile sind sie hier „Aus-“ und in ihrer Heimat „DeutschländerInnen“.

Medien, in denen über das Geschehen in der BRD, in NRW und in Dortmund berichtet wird, gibt es in anderen Sprachen so gut wie nicht. „Nachrichten aus Deutschland spielen im türkischen Staatsfernsehen, das in die Kabelnetze eingespeist wird, die geringste Rolle.“ Für Analphabeten sind selbst „ausländische“ Printmedien, die zudem auch kaum über das Geschehen hierzulande berichten, nicht zugänglich. „Die Ausländer sind vom kulturellen Leben abgeschnitten, deswegen wird nachher nur noch Folklore gepflegt. Medien fehlen- in Dortmund gibt es allerdings Radio Dortmund International.“ So eine Mitarbeiterin der evangelischen Kirche.

Es gibt selbstverständlich von vielen Seiten anerkannte Institutionen wie das Begegnungszentrum Nord/Dietrich-Keuning-Haus, die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher (RAA), vor allem aber die Wohlfahrtsverbände, die Gelegenheit zur „Integration als Chancengleichheit in einer Atmosphäre gegenseitiger Toleranz“ (aus einem Veranstaltungsprogramm) zu bieten versuchen. Mit den Betreuungs-

organisationen stellt sich allerdings ein Problem, auf das Frank-Olaf Radtke hingewiesen hat: „Die Tatsache, daß die ‚Ausländerarbeit‘ nicht Teil der regulären Sozialarbeit wurde, sondern in einer Nebenstruktur institutionalisiert ist, verlängerte die rechtlich vorgegebene Distinktion zwischen Inländern und Ausländern auch in eine fachliche, die auf kulturelle und ethnische Momente abhebt. Die Verbände verteilten nicht zugewanderte Jugendliche, Arbeitslose, Frauen etc., sondern ‚Ausländer‘, differenziert nach Sprache und Religion, unter sich.“ Er fügt hinzu: „Warum wird eine Gesellschaft plötzlich nicht mehr mit Hilfe des Begriffs ‚Klasse‘ oder ‚Schicht‘ analysiert, sondern mit der Kategorie ‚Ethnie‘? Das hat offensichtlich etwas mit Interessen zu tun.“ Und zwar nicht mit den Interessen der „AusländerInnen“.

Dieses Problem wird in Dortmund durchaus gesehen: „Die Probleme der Ausländer sind Unterschichtprobleme.“ Oder: „Schichtunterschiede sind für mich ausschlaggebender als Nationalitätenszugehörigkeit.“ Besonders zugespitzt ist folgende Aussage eines evangelischen Pfarrers: „Das ist ja eine Tatsache, daß die meisten Türken extremerweise aus den kleinsten, auch hinterwäldlerischsten anatolischen Dörfern gekommen sind, im Grunde Bauern mit ganz starker Erdverbundenheit und starkem Heimatgefühl.“

Dies ist jedoch nicht nur für die „ausländische“ Seite ein Problem. Denn bekanntlich sind ja nicht die Unterschichten die dominierenden Kulturträger der Gesellschaft. Nun wohnen aber die „AusländerInnen“ aus den verschiedensten sozialen Gründen in den Stadtteilen Dortmunds, die ohne Diskriminierung als „Unterschicht-Stadtteile“ bezeichnet werden können. Es wird deshalb ausgerechnet zwei desintegrierten Bevölkerungsgruppen zugemutet, die „multikulturelle Gesellschaft“ zu entwickeln und zu leben. Also eine Idee, die von den kulturtragenden Mittelschichten produziert worden ist und propagiert wird.

Die Realitätstüchtigkeit der mit MultiKulti verbundenen Ansprüche muß auch in dieser Perspektive überprüft werden – mit der Möglichkeit und „Gefahr“, daß so manche Flausen vergessen werden müssen. Statt dessen wird problematisiert, daß der Anteil der „AusländerInnen“ an der Wohnbevölkerung in einigen Stadtteilen (Innenstadt-Nord, Eving) sehr hoch ist (bis zu 30%) und an Schulen teilweise weit über 50% liegt: „Mit einem solchen Ausländeranteil an einer Schule kann eine Integration einfach nicht stattfinden. Wohin soll denn integriert werden?“

Als besonderes Integrations- und Verständigungsproblem wird die Religionszugehörigkeit der meisten „AusländerInnen“ (Muslime) betrachtet. Zum einen erklärt die Zugehörigkeit zu diesem Kulturraum teilweise die „Massierung“ und „Ghettoisierung“. Ein evangelischer Pfarrer: „Muslime neigen

dazu. ‚Umma‘ ist die Gemeinschaft der Muslime, der ganz sich selbst verpflichtete Familienverband.“ Das Problem stellt sich aber möglicherweise nicht wegen der anderen, nicht-christlichen Religionszugehörigkeit „der AusländerInnen“, sondern deshalb, weil die BRD-Gesellschaft längst keine religiös-christlich bestimmte mehr, sondern eine säkularisierte Gesellschaft ist.

Die religiös-kulturelle Orientierung der Muslime bedarf hier besonderer Erwähnung. Sie prägt die Vorurteile von Deutschen so stark, daß soziale Probleme dieser Bevölkerungsgruppe ausschließlich auf dieser Folie interpretiert und folglich kräftig mißverstanden werden. In unseren Gesprächen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß „die meisten Dortmunder keine Probleme mit Ausländern haben“. Ob es sich dabei um eine „Beschwörungsformel“ handelt, soll dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall ist zu konstatieren, daß „die meisten Dortmunder“ für ein echtes Zusammenleben mit „Ausländern“ gar nicht in Betracht kommen, weil sie mit solchen nicht zusammen arbeiten oder wohnen. (Angesichts der Hypothese ‚je anonym, desto ruppiger‘ liegt aber eher der Verdacht nahe, daß es massive Probleme gibt.) Dieser Frage muß in intensiveren Gesprächen noch nachgegangen werden. Richtig ist jedenfalls die Behauptung: „Wo viele Türken einziehen, da ziehen Deutsche aus.“

Die Rechtsungleichheit von „AusländerInnen“ hat eine fatale Konsequenz. Diese gelten praktisch ständig als „Sozialfälle“, die einer besonderen Behandlung bedürfen. Das geht am Problem der rechtlichen Gleichstellung selbstverständlich völlig vorbei, macht es aber den „AusländerInnen“ besonders schwer zu realisieren, daß sie in dieser Gesellschaft ihre Interessen selbst artikulieren und vertreten müssen. In vielen Gesprächen – vor allem in Berlin, aber auch in an deren Städten – ist deutlich geworden, daß die „zweite und dritte Generation“ sich diese Behandlung nicht mehr gefallen lassen. Anders ist das Aufbegehren „ausländischer“ Jugendgangs nicht zu interpretieren, die sich ausdrücklich auch gegen die Lethargie „unserer Alten“ erheben, „die sich alles gefallen lassen“. Die Hinwendung zu „den AusländerInnen“ als Sozialfall kann unter diesen Bedingungen ein ziemlicher Reinfluss werden und eher Abwehr produzieren als Zusammenleben.

Die Projektgruppe Nordstadt versucht, in diesem Stadtteil die räumlichen Lebensbedingungen zu verbessern. Beteiligung der BewohnerInnen gehört zu ihrem Programm. Unsere Frage, inwieweit sich „AusländerInnen“ einbringen wurde immer wieder damit beantwortet, daß „die ganz andere Probleme haben Familie ernähren, Wohnung, tausend Probleme mit der Aufenthaltsberechtigung. Und dann komme ich dahin und frage nach der Meinung zu irgendwelchen Baumpflanzungen. Da lacht der sich kaputt.“

Unabhängig davon, daß auch die Beteiligung der „inländischen“ Bevölkerung an solchen Vorhaben nicht bedeutend ist – u.a. weil „die Pläne ja immer schon fertig sind“ –, schlägt sich hier auch nieder, daß die „AusländerInnen“ real keine politischen Beteiligungsrechte haben und deshalb für Rituale erst recht kein Verständnis entwickeln können. Hinzu kommt allerdings, daß sich die Projektgruppe Innenstadt-Nord insgesamt dem Problem des hohen „ausländischen“ Bevölkerungsanteils nicht stellt, es sogar lange bewußt ausgeklammert hat.

Dies gilt – überraschenderweise? – auch für eine andere Institution, nämlich die Kirche – vor allem die römisch-katholische – die sich äußerst schwertut, mit der muslimischen Glaubensgemeinschaft in einen regelmäßigen und fruchtbaren Kontakt zu treten. Hier ist nachzufragen, woran das liegt, ob und wie dies geändert werden könnte. Denn die Kirchen als Institution verfügen über erhebliche Möglichkeiten, ein positives Zusammenleben zu fördern. Allerdings ist auch anzumerken, daß die Caritas zwar muslimische Kinder aufnimmt, aber keine „ungläubigen“, also muslimischen KindergärtnerInnen beschäftigt.

Verschiedentlich wurde und wird in der Debatte über die „multikulturelle Gesellschaft“ Bezug genommen auf die „Integrationskraft“, die Dortmund schonfrüher mit der Einwanderung aus Polen bewiesen hat. „In der Öffentlichkeit ist Vorstellung vorherrschend, daß die Integration der Polen im Ruhrgebiet relativ reibungslos verlaufen sei. Sowohl die lange Dauer des Integrationsprozesses als auch die zahlreichen Konflikte und Probleme sind in Vergessenheit geraten.“ (V.-M. Stefanski) Die Frage, die beantwortet werden muß, ist nicht (nur), ob sich die Geschichte in dieser Weise wiederholen kann, sondern ob die Probleme, die sich heute mit der Einwanderung stellen, sich schlicht im Laufe der Zeit quasi in Luft auflösen oder aber wesentlich schwieriger zu lösen sind, weil wir es mit einer Einwanderung aus einem anderen Kulturraum zu tun haben.

Nicht um das Gewissen zu beruhigen, sondern um zu zeigen, daß die Menschheit mit „Fremdheit“ immer Schwierigkeiten gehabt hat, seien die Zweifel erwähnt, die Benjamin Franklin 1753 daran geäußert hat, ob die deutsche Minderheit in Boston ohne Schaden für die Gemeinschaft integrierbar sei. „Eingliederungsunwilligkeit“ anno 1753.

Zivilcourage wäre etwas, durch das Leben entstehen könnte

Referat und Diskussion am 05. März 1992 in Dortmund

Was wir am heutigen Abend vorlegen, ist selbstverständlich ein Holzschnitt und kein endgültiger Meinungs- und Urteilsstand, sondern der Versuch, mittels bestimmter Probleme mit den Gedanken, Worten und auch den Werken ein bißchen weiter zu kommen. Da wir uns z.Zt. in einer heftigen ausländerpolitischen Diskussion insbesondere zur Flüchtlingsfrage befinden, die eigentlich nicht Ausgangspunkt unseres Projekts war, haben wir als Ausgangspunkt unserer Überlegungen die These gewählt: „Wenn es die Auswanderung von Deutschland nach Nordamerika nicht gegeben hätte, lebten heute mindestens 50 Millionen mehr Deutsche in Deutschland.“ Denen könnte man nicht sagen: „Geht nach drüben und wieder zurück nach Hause!“ Die könnte man nicht „am Kragen packen“, wie gestern der Fraktionsvorsitzende der NRW-SPD, Friedhelm Farthmann, gesagt hat, und wegen eines „von vornherein unbegründeten Asylantrags“ wieder nach Hause schicken. Die müßten auch irgendwo unterkommen und leben. Wir haben Schwierigkeiten mit den Begriffen Deutsche/Deutschland; Ausländer/Inländer; Fremde/Migranten. Das ist alles ein bißchen schwierig und im Laufe der Zeit immer schwieriger geworden. Schließlich ist uns kein vernünftiges Wort mehr eingefallen, das man ohne Anführungszeichen gebrauchen könnte. Deshalb steht in unseren Thesen „Ausländer/Deutsche“. Mit der notwendigen kritischen Distanz müßte sich das erleiden lassen.

Die Fragestellung unseres Projekts ist eine doppelte. Auf den ersten Blick kann man natürlich sagen: Eine Stadt, in der 10% der Einwohner keinen deutschen Paß haben, kann nicht monokulturell sein im Sinne von deutscher Gesellschaft. Dadurch wird aber eine Gesellschaft noch nicht multikulturell. Sie ist zunächst einmal eine Gesellschaft, in der objektiv feststellbar Angehörige verschiedener Nationen/Kulturen/Religionen leben – miteinander, gegeneinander, nebeneinander.

Anhand der Beurteilung mittels dieser Kategorien entscheidet sich, ob eine Stadt im landläufigen Sinne multikulturell ist oder nicht. Der landläufige Sinn ist entwickelt worden in einer gesellschaftlichen Schicht, die man als kulturtragend bezeichnen könnte. Diese leistet aber selbst weder quantitativ noch qualitativ im täglichen Zusammenleben einen entscheidenden Beitrag zur Herstellung multikultureller Begegnungen, multikultureller Gesellschaft. Das kann sie auch kaum, was zum Teil objektive Gründe hat. Die meisten Ausländer/Fremden/Migranten, die in unserer Stadt leben – da unterscheiden wir uns vielleicht ein bißchen von Düsseldorf und Frankfurt – sind Angehörige unterer sozialer Schichten. Das heißt auf deutsch Arbeiter – früher durfte man auch vom Proletariat sprechen –, und sie leben über-

wiegend in den Stadtteilen, in denen auch das deutsche Proletariat, die deutsche Arbeiterschaft vorwiegend lebt, also in nördlichen Stadtbezirken und der nördlichen Innenstadt.

Die Frage, die sich daran unmittelbar anschließt, lautet, welche sozialen Fähigkeiten/Fertigkeiten die Angehörigen einer Gesellschaft haben müßten, um eine „multikulturelle Stadt“ herzustellen und zu leben. Da sind zwei Begriffe zusammengefaßt: „Multi“ und „Kultur“. Wir kommen später noch auf die Frage zurück, ob es sich hierzulande um eine Kulturgesellschaft handelt, weil diese Gesellschaft merkwürdige und merkwürdig viele Probleme damit hat, daß sie „Multi“ ist. In überwiegender Zahl sind diejenigen, die wir „die Fremden“ in dieser Stadt nennen können, anatolische Bauern. Diese könnte man als „typische Ausländer“ ansehen, die das Verhältnis zu Fremden oder das Verständnis von Fremden in dieser Stadt bestimmen. Damit verbunden sind, wie bei deutschen Angehörigen der Unterschicht auch, bestimmte Probleme. Die könnte man z.B. definieren anhand der Frage der Alphabetisierung oder auch des Analphabetismus in der eigenen Sprache oder in der hiesigen Sprache. Aber man kann das auch insgesamt anhand der sozialen Fertigkeiten/Fähigkeiten definieren, wie das früher ja nicht nur an den Hochschulen geschehen ist, um theoretisch herumzuspielen, sondern auch, weil es etwas mit der Realität zu tun hatte. Da wurden die Begriffe „restringierter“ und „elaborierter Code“ gebraucht.

Auf deutsch heißt dies, daß Angehörige unterer sozialer Schichten nicht nur sprachlich, sondern insgesamt eingeschränkte Möglichkeiten der Verständigung haben. Im Gegensatz dazu stehen die Fähigkeiten/Fertigkeiten, die die höheren, „gebildeten“ sozialen Schichten entwickelt haben. Wir können oder müssen möglicherweise davon ausgehen, daß vieles, was an Problemen im Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern in dieser Stadt existiert, wenig damit zu tun hat, daß es sich um Ausländer handelt, aber sehr viel damit, daß es sich um Angehörige sozialer Schichten handelt, denen entscheidende Voraussetzungen für das Leben von „Multikultur“ fehlen. Und zwar nicht deshalb, weil sie Türken oder Angehörige anderer Nationen und Kulturen sind, sondern deshalb, weil sie aufgrund ihres sozialen Status diese Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht entwickelt haben oder entwickeln konnten.

Zwischenruf eines Inländers

Das heißt a/so auf gut deutsch: Weil sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind?

Nein, das heißt auf gut deutsch, daß sie der türkischen Sprache nicht mächtig sind, um das mal pointiert zurückzugeben. Wenn man Sprache als ein Hauptmittel der Verständigung nimmt, fehlt für die Entwicklung multikul-

turellen, also überhaupt kulturellen Zusammenlebens eine entscheidende Voraussetzung, solange das Beherrschen der Sprache fehlt, sei es nun als gesprochene oder als Schriftsprache. 90% der türkischen Frauen und 60% der türkischen Männer können überhaupt nicht. lesen, also weder die eigene Sprache noch die deutsche. Und die Sprache ist Kulturträger.

Zwischenruf eines Ausländers

Moment einmal! Eine Sprache sprechen sie alle. Eine Sache ist die Schriftsprache, eine andere Sache ist die gesprochene Sprache, das Sprachgut, sagen wir mal. Das ist schon ein Unterschied. Sonst könnte man sagen, in Afrika oder in den Ländern, in denen es keine Schriftsprache gibt, gibt es keine Kultur.

Nein, wir sprechen ja hier über Mitteleuropa, über Deutschland, über Dortmund und die entwickelten kulturellen Verhältnisse. In diesen kulturellen Verhältnissen können wir nicht einfach so tun, als ob es keine Schriftsprache gäbe und als ob man an der Kultur ungebrochen teilnehmen könnte, ohne über die Schriftsprache zu verfügen.

Zwischenruf eines Inländers

Das ist aber doch die Lehrmeinung eines Universitätsangehörigen. Man kann doch nicht im Ernst behaupten, daß derjenige, der diesen Stand nicht erreicht hat, nicht eventuell doch Kulturträger sein könnte. Ist das nicht sehr überheblich, wenn man plötzlich herkommt und sagt, es gebe eine bestimmte Schicht, die Kulturträger ist, und die darunter muß man an die Hand nehmen? Vielleicht kommt das ja noch dabei heraus. Ich weiß es nicht. Also bei mir kribbelt es schon ein bißchen, wenn ich das höre. Alle die, die nicht lesen und schreiben können, haben keine Kultur.

Das haben wir nicht gesagt. Wir haben ja von Kulturträgem gesprochen. Es geht darum, wer die Kultur wie bestimmt. Man macht die Tür auf und sieht die deutsche Gesellschaft. Da sieht man nicht die Leute, für deren Kultur Sie sich jetzt stark machen. Gemeint sind also die für Kultur bestimmenden Elemente. Nicht von ungefähr gibt es ja den Begriff der kulturellen Hegemonie.

Wir sagen folgendes: Die multikulturelle Gesellschaft ist eine Erfindung der Leute der Hochkultur, die aber von anderen verlangen, diese Multikultur zu leben, wozu diese aus sozialen Gründen gar nicht in der Lage sein können. Das hat jetzt weniger mit „Multi“ als mit „Kultur“ zu tun, weil es für die Schichtungen der Gesellschaft insgesamt gilt – auch einer, wenn es sie denn gäbe, monokulturellen, deutschen Gesellschaft.

Gerade dadurch, daß die sozialen und kulturellen Niveaus -Probleme als Kinder, Jugendliche, Alte, Frauen- nicht wahrgenommen wurden als ganz

normale Probleme, wie sie die Angehörigen der deutschen Gesellschaft auch haben, hatten wir insbesondere bei den Arbeitsmigranten auf der Ebene der Betreuung eine relativ sinnwidrige Auf- und Verteilung. Sie wurden deshalb als Ausländer zu Sozialfällen. Sie wurden von den Wohlfahrtsorganisationen als Ausländer kategorisiert. Italiener, weil katholischer Kulturraum, ab zur Caritas; Türken, weil sie nicht so richtig in unser christliches Weltbild passen, zur Awo, und entsprechend blieb für das Diakonische Werk der protestantisch orientierte Teil. Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband ist damals niemand übriggeblieben.

Die spezifischen sozialen Probleme, die die Ausländer von- und untereinander unterscheiden – als Alte, als Frauen, als Kinder – wurden sozialarbeiterisch überlagert durch die Behandlung als Ausländer. Diese Menschen hatten gefälligst als Ausländer Probleme zu haben, die die Caritas, die Awo oder das Diakonische Werk in der Betreuung zu lösen hatten. Auf diese Weise hat sich „Ausländerarbeit“ völlig neben der Sozialarbeit, die wir in dieser Gesellschaft sonst kennen, herausgebildet.

Daß jemand irgendwohin geht und sagt: „Ich bin Deutscher und habe Probleme“, das gibt es nicht, das ist unvorstellbar. Als Deutscher geht man zur Eheberatung oder zur Altenhilfe, weil man Probleme immer aufgrund bestimmter sozialer Zusammenhänge hat. Und mit der Entgegensetzung Ausländer – Deutsche verbunden ist auch weitgehend der Versuch, das, was dann aus deutscher Sicht als problematisch erkannt wird an der Existenz von Ausländern, hier so zu lösen, daß die deutschen Institutionen damit möglichst keine Probleme (mehr) haben und die deutsche Gesellschaft entlastet wird. Das ist der Versuch, das, was für unsere Gesellschaft untypisch ist, von vorneherein auszugrenzen und damit die problematischen Elemente anderer Kulturen erst gar nicht reinzulassen, sondern sich dagegen abzuschotten.

Daraus ergibt sich die ebenso merkwürdige wie überraschende Feststellung: Wenn man sich den Begriff der multikulturellen Gesellschaft ansieht und dann die Bereiche der Gesellschaft betrachtet, in denen sich Menschen miteinander befassen, stellt man fest, daß es maximal bikulturelle/binationale Aktivitäten gibt. Es gibt deutsch-türkische Vereine und deutsch-italienische Freundschaftsgesellschaften. Das ist der Versuch, zwischen der jeweiligen Nation und der deutschen Gesellschaft Sozialverträglichkeit herzustellen.

„Multi“ wäre ja etwas anderes. Das müßten mindestens drei sein. Es gibt aber das Phänomen, daß bei multi- oder internationalen Festen der Andrang längst nicht so groß ist wie bei nationalen Festen, zu denen natürlich Deutsche auch eingeladen sind. Dahinter steckt aber nicht der Versuch, das auch

zu leben oder miteinander zu verbinden, was insgesamt in dieser Gesellschaft geschieht. Wir haben über das Dietrich-Keuning-Haus erfahren, daß die nationalen Feste immer rappellvoll sind, während die Versuche, multikulturelle Aktivitäten in dem Sinne zu entfalten, daß verschiedene Nationen zusammen etwas unternehmen, relativ bescheidenen Erfolg haben.

Wenn man sich mit Ausländerarbeit beschäftigt, ergibt sich regelmäßig ein kleines Problem aus der Frage, wie realistisch man in solchen Verhältnissen denken und reden darf, wie offen und ernsthaft. Wir haben vorhin schon einmal über Ausgrenzungsaspekte gesprochen. Für die Diskussion über Ausländerfeindlichkeit ergaben sich Probleme und Schwierigkeiten daraus, daß man etwas, was man bei einem deutschen Jugendlichen schlicht verurteilen würde, im Sozialverhalten von Ausländern nur schwer zur Kenntnis nehmen und thematisieren darf. Es gibt eine kleine Schere im Kopf, die nicht unbedingt gut tut und die gleichzeitig bedeutet, das, was sich da entwickelt und entfaltet hat, als das ernst zu nehmen, was es ist.

In unseren Thesen steht: Nicht alles, was so aussieht, ist Ghetto. In diesem Zusammenhang erinnern wir an etwas, was Pastor Neuser gesagt hat, der vor einigen Monaten hier gegessen hat: Die Umma, also die türkische Großfamilie neigt zur Isolation. Die Menschen wollen unter sich sein. Die sind gar nicht so scharf darauf, sich großartig für die Gesellschaft zu öffnen. Das kann man auch fehlinterpretieren, wenn man es nicht als eine für die Umma sozial vernünftige Perspektive sieht. In unserer Gesellschaft, die ja bekanntlich eine demokratische ist, wird gerne gesagt, daß „wir“ im Grunde überhaupt keine Probleme mit Ausländern haben. (90% sollen es sein, meinte ein konservativer Dortmunder Kommunalpolitiker.) Dagegen steht als Ergebnis einer Emnid-Untersuchung, daß zwei Drittel aller Ausländer keine deutschen Freunde haben. Da fragt man sich natürlich, wieviele Deutsche/Dortmunder überhaupt die Gelegenheit haben, solche Erfahrungen, Lebenserfahrungen mit Ausländern, zu machen, um damit Probleme kriegen zu können. Das sind dann schon wesentlich weniger. Es ist natürlich polemisch zu sagen, daß im Dortmunder Süden nur der iranische Apotheker wohnt oder der ägyptische Arzt. Aber natürlich wohnen da nicht die Leute und schon gar nicht so viele – wie in Innenstadt-Nord oder Eving.

Wir haben in unserem Alltagsleben auch nicht die Möglichkeit, diese Kontakte oder, weil hier von Problemen die Rede ist, die Reibungspunkte zu entwickeln die sich beim engen Zusammenleben quasi naturwüchsig ergeben. Wir wollen hier nicht daran herumrechnen, wie groß der Anteil derer ist, die aufgrund näheren Zusammenlebens als Deutsche mit Ausländern Probleme bekommen können. Derartige Erbsenzählerei hat keinen Sinn. Es soll nur deutlich werden, daß die Qualität der Probleme in den verschiede-

nen Stadtgebieten ganz unterschiedlich ist und sein muß, weil die Ausländer in bestimmten Stadtgebieten leben und in anderen nicht.

Wenn in unseren Thesen steht: „Mit den kleinen ausländerfeindlichen Minderheiten werden wir schon fertig“, so ist das natürlich ein Zitat, das nicht anderes aussagt, als daß die Probleme ausgegrenzt werden aus der Gesellschaft insgesamt und ihrer Verantwortung. Was man Ausländerfeindlichkeit oder Fremdenhaß nennt, wird zum Problem kleiner sozialer Minderheiten - zwischen Skins und Hooligans – erklärt. Das ist eine Verharmlosung. Die Diskussion über die Asylbewerberfrage und die Asylpolitik ist ein Hinweis darauf, daß das so nicht stimmt.

Gregor Gysi hat das – es war kurz „nach Hoyerswerda“ – mal relativ frech ausgedrückt: „Im Grunde sind sich alle einig, daß die wieder verschwinden sollen. Nur in der Wahl der Mittel gibt es Unterschiede.“ Die schon erwähnte Aussage von Friedhelm Farthmann muß in diesem Sinne interpretiert werden. Sie macht die Schärfe der Auseinandersetzung deutlich: „Wer einen offensichtlich unbegründeten Asylantrag stellt, den packen wir am Kragen und schmeißen ihn wieder raus.“ Das ist keine Äußerung vom Randbereich der Gesellschaft, sondern aus dem Kern, und deshalb sind Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß auch nicht ein Randproblem, sondern ein Kernproblem. Wenn es in der Debatte über die Unterbringung von Aussiedlern hier in der Nordstadt seitens der Stadtverwaltung Dortmund heißt, es gehe um Aussiedler „und andere sozialverträgliche Gruppen“, dann wird damit gesagt, daß Asylbewerber nicht sozialverträglich sind. Das ist in den Diskussionen im Rat der Stadt auch sehr deutlich geworden, und auch das ist kein Problem des Randes der Gesellschaft, sondern das ist nun in der Tat der Kern.

In unseren Thesen steht relativ lapidar: „Der Fremdenhaß lebt, die Ausländerfreundlichkeit erstarrt im Ritual.“ Das ist eine (resignative) Beschreibung dessen, was in Hoyerswerda und anderswo, natürlich auch hier in Dortmund, passiert ist. Diejenigen, die in irgendeiner Weise ihren Fremdenhaß ausleben, leben ihn tatsächlich. Da ist Emotion, da ist Haß, da ist Gewalt, aber alles ist positiv besetzt, und die Post geht ab. Wenn wir hingegen eine Veranstaltung machen, z.B. der DGB im Dietrich-Keuning-Haus, kommen 80 Leute, davon sind 60 Funktionäre, die dienstlich, also pflichtgemäß und -bewußt, kommen. Ein Referent geht auf die Bühne und sagt: „Wir sind Hunderttausende.“ In Wirklichkeit vertreten die DGB-Gewerkschaften Millionen Mitglieder. Und wir sitzen da, gucken auf eine Bühne, es spielt eine Gruppe, wir freuen uns über die schöne Musik, aber wir haben keine entsprechenden mit Begeisterung und Leben gefüllten Formen dafür, was man Ausländerfreundlichkeit nennen könnte.

Das DGB-Konzert für 300.000 DM kürzlich auf dem Hansaplatz war und ist auch bei denjenigen, die in Dortmund Ausländerarbeit machen, nicht sonderlich gut angesehen. Es war ein Ritual direkt neben der gesellschaftlichen Realität in dieser Stadt, und entsprechend ist das Konzert auch gelauten. Das hat damit zu tun, daß wir uns möglicherweise nicht offen genug auf die realen Probleme einlassen und durch Verharmlosung in der Debatte auch ein Einfallstor schaffen für Ausländerfeindlichkeit, indem wir Quatsch reden.

Wenn vor dem Dietrich-Keuning-Haus jugoslawische und marokkanische Gangs Mädchen und Frauen terrorisieren, sie nicht rein- und nicht rauslassen, denen die Freude am Leben nicht lassen und das über lange, lange Zeit verschwiegen wird, dann ist das kein vernünftiger, realistischer und sinnvoller Umgang mit der Frage, wie wir in einer Gesellschaft, in der Angehörige verschiedener Kulturen zusammenleben, sinnvoll miteinander umgehen können. In abgewandeltem Sinn teilen wir die Aussage von Lieselotte Funcke, der ehemaligen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, die gesagt hat: „Dulden heißt beleidigen.“ Wenn wir diese Attacken dulden, beleidigen wir im Grund, alle die, die darunter leiden.

Im täglichen Leben wird darüber ja ganz anders gesprochen als in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen. Wir haben mit Freude in der U-Bahn zwei Jungen zugehört, die sich genau über dieses Problem unterhalten haben – aus ihrer eigenen Perspektive heraus, daß sie selbst das Dietrich-Keuning-Haus relativ regelmäßig besuchen, ebenso regelmäßig mit einem ganz schlechten Gefühl hinfahren und hoffen, daß es kein Theater gibt. Dies aber mit der entsprechenden Verve: „Denen sollte man was vor das Maul hauen!“ Darauf an gesprochen: „Hört mal, ihr müßtet euch doch, wenn ihr den Mund jetzt so voll nehmt, mal überlegen, daß man eigentlich was dagegen tun könnte oder tun sollte“, meinten sie: „Ja, wie denn? Wir sind ja alleine.“ Sie waren zu zweit.

Wir müssen uns also die Frage stellen, welche Fertigkeiten, welche Fähigkeiten man haben muß, um sich in solche sozialen Auseinandersetzungen positiv einmischen zu können, ohne als Ausländerfeind betrachtet zu werden und – objektiv betrachtet – als Ausländerfeind einzugreifen.

Die Kultur, mit der wir es bei den genannten Jugendgangs zu tun haben, ist noch wesentlich stärker männerorientiert, als wir das – zumindest in unseren Köpfen -gewohnt sind. Deren Gesellschaften sind in der Regel weit mehr religiös bestimmt und das auch noch auf eine Art und Weise, die mit unserem Christentum relativ wenig zu tun hat und mit deren Verständnis wir entsprechende Probleme haben. Das Problem könnte sein, daß wir es bei unserer Gesellschaft im Grunde nicht mehr mit einer christlichen zu tun

haben, sondern mit einer stark säkularisierten, also nicht-gläubigen, wenn auch christlich geprägten.

Die Religion hat nicht mehr den Einfluß, den sie etwa in der Türkei hat. Möglicherweise stellen sich in dieser Perspektive besondere Probleme für den Umgang miteinander und für das Verständnis von Welt und dem, was als Religion über dieser Welt schwebt und diese Gesellschaft oder auch die Menschen beeinflusst. In allen Auseinandersetzungen der letzten Jahre im Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß haben wir immer dieses Ritual erlebt: „Wir müssen alles tun, was in unseren Kräften steht, um gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß vorzugehen.“ Jemand hat sich mal den Luxus erlaubt, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft auf einen solchen Aufruf zurückzuschreiben und zu fragen: „Was soll ich denn tun? Als Mensch, als Angehöriger des Rates der Stadt Dortmund? Was soll der Rat insgesamt tun?“ Er hat interessanterweise keine Antwort erhalten. Das liegt nicht daran, daß die GEW besondere Probleme mit der Beantwortung dieser Frage hätte. Das hängt damit zusammen, daß alle gesellschaftlichen Gruppen, die sich gegen die Rechtsentwicklung wenden, Probleme damit haben.

Die Frage, was wir tun können, ist bisher nur sehr unvollkommen beantwortet. Es ist relativeinfach, politische Parolen in die Welt zu setzen wie: „AKW, nein danke!“ Dafür läßt sich auch relativ leicht mobilisieren. Man weiß, was zu tun ist, hat konkrete Vorstellungen davon. Aber die Frage, was alles „in unseren Kräften steht“, den politischen und den gesellschaftlichen, ist schon schwieriger zu beantworten, weil es ein tagtägliches Fragen und Antworten auf diese Fragen ist. Man muß sich ständig neu darauf einstellen, in gesellschaftliche Situationen kommen zu können, in denen etwas zu tun ist. Und da reicht es nicht, eine Parole zu verbreiten, ein Plakat zu malen, eine Kundgebung zu organisieren oder ein Konzert zu veranstalten. Da ist verlangt, regelmäßig mit Menschen umzugehen. Wie kann man sinnvoll mit ihnen umgehen, und wie kann das durch gesellschaftliche und politische Aktionen befördert werden?

Einen besonderen Aspekt dieser Problematik haben wir zur Jahreswende 1989/90 diskutiert, als die angeblichen Republikaner ihren letzten Wahl-Höhepunkt hatten – den nächsten haben sie in NRW wahrscheinlich 1994. Damals hieß es: „Nazis raus!“ Die Frage war: Wohin? „Nazis raus aus dem gesellschaftlichen Konsens!“ lautete die plausible Antwort. Wenn man die gesellschaftlichen Debatten verfolgt – wir haben auf die Rede von den „sozialverträglichen Gruppen“ hingewiesen –, stellt man fest, daß zentrale rechtsextremistische Aussagen nach und nach ganz selbstverständlich in den demokratischen Sprachgebrauch gerutscht sind.

Das betrifft etwa die Parole vom „Mißbrauch des Asylrechts“. Diese Parole ist ja **das** Transportmittel für die Forderung nach Änderung des Artikels 16 Grundgesetz. Das betrifft selbstverständlich so einen Begriff wie „Asylant“. Das ist eine ganz spezifische sprachliche Entwicklung für das, was heute als Wirtschaftsflüchtling bezeichnet wird, also Menschen, denen es schlecht geht und die Hunger haben. Das betrifft auch so einen Begriff wie „Asylantenschwemme“. Diese Begriffe kommen ja nicht nur in der BILD-Zeitung groß heraus. Sie werden vielmehr mittlerweile ganz selbstverständlich gebraucht. Das muß einen gesellschaftlichen Grund haben, weil Sprache nicht irgendeine technische Einrichtung ist, derer wir uns zur Verständigung bedienen. Sprache drückt soziale und gesellschaftliche Entwicklungen aus.

Diese Begriffe bestimmen die Diskussion über das sogenannte Asylproblem. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, was eine Frau neulich in einer SPD-Versammlung im Brustton der Überzeugung gesagt hat: „Italiener, Spanier, Griechen und Türken sind doch kein Problem, aber die anderen...“ Sie hat dann nicht gesagt, wer das Problem sein soll, aber offensichtlich gab es da noch eine Gruppe. Die Frau war der Überzeugung, mit den Arbeitsmigranten komme sie gut zurecht. Aber die unausgesprochenen „anderen“! Darin drückt sich etwas aus, was von vornherein ein Element zur Verhinderung multikultureller Gesellschaft ist, nämlich alltägliche Asozialität. Deshalb stellen wir die Frage: Haben wir es hierzulande mit einer Kulturgesellschaft zu tun, wenn immer irgendeine Gruppe auf der untersten Stufe der Leiter steht und alle, die die Leiter hochkrabbeln wollen, auf dieser Gruppe herumtrampeln dürfen und eine solche Gruppe ganz offensichtlich für den inneren Zusammenhalt dieser wunderbaren sozialen und demokratischen Gesellschaft notwendig ist?

Diese Gruppe sind in der ausländerpolitischen Debatte derzeit ganz eindeutig die Asylbewerber. Wer zurückdenkt, kann sich erinnern, daß die Italiener gern denselben Stellenwert hatten, als sie „Spaghettifresser“ oder „Itaker“ geschimpft wurden. Noch früher waren es die Polen. Die Polen waren schon längst integriert, als der „Polacke“ immer noch ein häufig und gerne eingesetztes Schimpfwort war. So hat sich das von den Polen über die Italiener und Türken jetzt bis hin zu den Asylbewerbern entwickelt, und das ist ein Kennzeichen für das soziale oder auch unsoziale Bild dieser Gesellschaft, die immer jemanden braucht, auf dem herumgetrampelt werden darf.

In diesem Sinne ist es verheerend, wenn man nicht nur sprachlich mit Begriffen wie „Asylantenschwemme“, sondern auch inhaltlich auf die rechtsextremen Parolen einsteigt. Es gibt aus Düsseldorf eine wunderbare Studie:

„Was passiert, wenn alle Ausländer Düsseldorf verlassen?“ Selbstverständlich bricht alles zusammen: Es gibt in den Kneipen kein Bier mehr, die Klinken haben kein Personal... Das ist eine relativ intelligente Herangehensweise, hat aber mit dem sozialen Charakter der Gesellschaft nichts zu tun, sondern eher mit ihrem egoistisch-ökonomischen. Es wird nämlich lediglich festgestellt, daß „wir“ ohne diese Arbeitskräfte nicht mehr auskommen. Aber eigentlich müßte man sich die Frage stellen: Wenn wir positiv herangehen an die multikulturelle Gesellschaft, was fehlt uns dann? Was fehlt uns an kulturellen Elementen, an kulturellem Erlebnis und Erleben, wenn diese Menschen alle „unser“ Land verlassen und wir nur noch „Deutsche“ vor uns haben, Paß-Deutsche?

Wer statt dessen inhaltlich rechts einsteigt und die Parole verbreitet, die Zahl der Asylbewerber sei „nicht alarmierend“ (Aussage einer Dortmunder CDU-Ratsfrau), signalisiert, es könne bald soweit sein, daß wir das Grundrecht auf Asyl in Frage stellen müssen. Und zwar nicht deshalb, weil unsere Gesellschaft sonst zusammenbräche. Denn wir sind nach wie vor in der Lage, die Sozialhilfe aufzubringen. Auch wenn der Herr Engholm in Schleswig-Holstein festgestellt hat, daß Asylbewerber Menschen wie du und ich sein könnten, die den Staat genauso über's Ohr zu hauen versuchen wie wir. Die Asylbewerber werden kollektiv zur Verantwortung gezogen und müssen strammstehen, weil einige von ihnen den Wahnsinnsbetrag von 450 DM im Monat doppelt zu erhalten versuchen. Das übertrage man mal darauf, daß der eine oder die andere von uns bei der Steuererklärung auch nicht sonderlich ehrlich ist. Und wenn ein Hauptamtsleiter einer größeren Stadt in der Nähe von Dortmund beim Ladendiebstahl erwischt wird, werden auch nicht gleich alle Hauptamts- oder gar alle Amtsleiter verdächtigt. Obwohl der Betrag, um den es ging, doppelt so hoch war, wie das, was sich ein Asylbewerber „erschleichen“ könnte.

Das alles ist allzu menschlich. Trotzdem wird es für verbrecherisch erklärt, daß jemand, der 450 DM im Monat erhält, versucht, weitere 450 DM zu bekommen. Das wird politisch gewendet von einer reichen Gesellschaft, die ihren Reichtum erworben hat auf dem Rücken der Vorfahren derer, die jetzt zu uns fliehen, und die von denen verlangt, gefälligst weiterhin in Armut zu leben, damit wir fröhlich weiter reich bleiben können. Gregor Gysi hat dies besonders drastisch formuliert, als er die Differenz nur in der Wahl der Mittel sah. Denn es gibt ja nicht nur die Asylbewerber. Es hat auch die Rückführungsdiskussion gegeben: Eine hohe Abfindung für jeden Arbeitnehmer, der „freiwillig“ in die Türkei zurückgeht.

Immer wieder dieses ganz egoistische Herangehen an Probleme. Das hat nichts mit Kultur, schon gar nichts mit Multikultur zu tun. Sie haben hier

ihre Schuldigkeit getan, sie haben genug Kohle aus der Erde geholt, jetzt können sie wieder verschwinden. Dafür geben wir großzügig eine Abfindung. Die Einigkeit in der Idee, man müsse die Zahl der „Fremden“ reduzieren, ist das eigentlich Erschreckende an der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung. In dieser Perspektive ist das offizielle Gejammer über Geschehnisse wie in Hoyerswerda, Hünxe... ziemlich scheinheilig.

Was wird gesagt, wenn es darum geht, diese Schrecknisse vielleicht ein bißchen zu mildern? Wenn wir uns ansehen, welchen sozialen, rechtlichen, gesellschaftlichen, politischen Status Ausländer in unserer Gesellschaft haben, stellen wir fest, daß ihnen die elementare Voraussetzung fehlt für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in dieser Stadt: Rechtsgleichheit. Im Grunde gelten sie mit Aufenthaltsberechtigung oder anderem ausländerrechtlichem/aufenthaltsrechtlichem Status nach wie vor als „Gäste“, die gefälligst die Klappe zu halten und nicht Interessen zu artikulieren haben. In anderen Zusammenhängen, in denen man darum bemüht ist, daß Ausländer mal ihre Meinung dazu sagen, wie die Innenstadt-Nord gestaltet werden sollte, heißt es richtig: „Die haben genug andere Probleme. Wenn ich die frage, wo ihre Straße ein bißchen enger werden soll oder wo Bäume gepflanzt werden sollen, lachen die sich kaputt.“ Darin drückt sich die völlig fehlende Identifikation aus.

Ausländer sind strukturell aus dem gesellschaftlichen Konsens von Demokratie ausgeschlossen, weil ihnen elementare Rechte fehlen. Die Diskussion über das Kommunale Ausländerwahlrecht knüpft daran an. Gleichzeitig hat Nihat Öztürk vom DGB-Projekt BALD (Bildungsarbeit mit deutschen und ausländischen ArbeitnehmerInnen) ein Antidiskriminierungsgesetz gefordert – sozusagen als Vorstufe zur Gleichberechtigung. Ein solches Gesetz hätte folgende Auswirkung: Wenn jemand einen Türken mit Aussagen über seine Nationalität oder Kultur beleidigt, würde das nach einem solchen Antidiskriminierungsgesetz be- und verurteilt. Der Staat soll sich auf dieser Ebene von Antidiskriminierung für die Angehörigen anderer Nationen und Kulturen engagieren.

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß diese Gesellschaft heute dazu in der Lage ist, ein solches Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen. Der Staat macht ja nichts aus Spaß, weil ihm das gerade einfallt oder intelligent erscheint. Er macht, was die Gesellschaft trägt und wonach die Gesellschaft verlangt. Diese Gesellschaft verlangt ganz offensichtlich nicht in ausreichendem Maße nach einem Antidiskriminierungsgesetz. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß das, was man Solidarität nennen und was auch Bestandteil von Multikultur sein könnte, fehlt. Dieses fehlende Element ließe sich im Begriff Zivilcourage zusammenfassen. Wo Multikultur auf den

Kopf gestellt wird, wo Diskriminierung stattfindet: Wo interveniert da wer? Wer interveniert in der U-Bahn, in der ein Deutscher sich über den „Bimbo“, der vor ihm sitzt, in genau dieser Weise lustig macht? Wo kommen wir auf eine Stufe, auf der wir uns Diskriminierung nicht mehr gefallen lassen -und zwar nicht nur dann nicht gefallen lassen, wenn sie uns selbst trifft, sondern auch, wenn sie andere trifft? Zivilcourage in diesem besonderen Feld wäre etwas, durch das Leben entstehen könnte, das über Rituale hinausgeht.

Es gibt in Bonn eine interessante Initiative, die genau das propagiert. Da rufen Leute mit ihrem Namen und ihrer Adresse auf: „Wenn Sie das und das erleben, gucken Sie nicht weg, gehen Sie nicht weg, laufen Sie nicht vorbei, sondern hauen Sie auf den Putz und intervenieren!“ Es gibt ein anderes Beispiel. In Nürnberg hat der Flüchtlingsrat aufgerufen zur Initiative: „Ich würde einen Flüchtling verstecken.“ Es ist interessant, wer unterschrieben hat: Der Fußballtrainer des 1. FC Nürnberg, Leute aus der Kultur, aus der Politik. Das ist eine Initiative, deren Versprechen selten eingelöst werden muß, aber sie bricht eine Diskussion vom Zaun, die gerade die wichtigen Elemente sozialen Zusammenlebens und sozialer Solidarität entfalten könnte. Es gibt Hinweise darauf, daß sich die Probleme – wir kommen zu den Arbeitsmigranten zurück – in der dritten Generation ein bißchen relativieren könnten. Nicht nur, weil viele Jugendliche sich einen deutschen Paß verschaffen und damit sozusagen deutsch werden.

Sie werden es in der vierten oder fünften Generation wahrscheinlich erst wirklich, wenn wir die Schilderungen der Experten richtig interpretieren. Aber sie lassen es sich auf jeden Fall nicht bieten, nicht gleichberechtigt zu sein. Sie pfeifen auf soziale, auf politisch oder juristisch definierte Rechte, sondern fordern soziale Gleichheit ein. Sie wenden sich- diese Entwicklung ist offensichtlich in Berlin viel weiter als bei uns, aber da ist die Struktur auch ganz anders – in dieser Auseinandersetzung auch gegen diejenigen, die sich Ausgrenzung und Diskriminierung aus dieser Gesellschaft gefallen lassen, also gegen ihre Eltern. Ein großes Problem dabei ist, daß diese Auseinandersetzungen häufig gewaltförmig ablaufen. Das sagen wir nicht aus moralischen Gründen. Aber wenn staatlich-strukturelle Gewalt soziale und politische Gleichheit verhindert, dann ist es relativ plausibel, daß soziale Gewalt als Mittel zur Er kämpfung politischer Rechte entsteht. Die gewaltförmige Entwicklung kann nicht im Interesse einer sozialen, friedlichen und demokratischen Gesellschaft liegen, und deshalb muß sich die Gesellschaft, also jeder einzelne von uns, Gedanken darüber machen, welcher Beitrag möglich ist, ein Klima zu schaffen, in dem Rechtsgleichheit nicht nur plausibel erscheint, sondern auch tatsächlich durchgesetzt wird.

Multikultur- Widrigkeiten und Schwierigkeiten

Wer schützt die Flüchtlinge vor der Gewalt von rechts?

Dortmund, im November 1992

Die diesjährige Asyl-Debatte ist ein Fokus. Schärfer als alle früheren von parteitaktischem Kalkül getragenen Auseinandersetzungen macht sie deutlich und bewußt, was die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor dem Anschluß der Deutschen Demokratischen Republik auch kennzeichnet: Abwehr des Fremden in allen seinen Formen. Es hört sich mittlerweile ziemlich abgegriffen an, ist aber nichtsdestotrotz mehr als eine hilfreiche Arbeitshypothese: Es gibt kein Ausländer-, sondern ein Inländerproblem in diesem unserem Land. Fremdenhaß hat nur bedingt etwas mit den Fremden zu tun. Diese aktualisieren lediglich Probleme und Ängste, die viele Menschen mit sich herumtragen und mit denen sie nicht zurechtkommen.

Die Fremden verursachen nicht die gegen sie gerichteten Ressentiments. Da werden Energien frei und entladen, die sich aus ganz anderen Quellen speisen – Rechtfertigungszwänge für eigene Probleme und eigenes Versagen sollen auf „die Fremden“ als Schuldige ablenken und schaffen die Grundlage für Haß und Gewalt. Diejenigen, die in diesem Land ständig und ausdauernd ein „Ausländer- und Asylproblem“ an die Wand malen, müssen sich ihrer Verantwortung für das Klima in dieser Gesellschaft bewußt werden. Damit ist nicht eine gut gemeinte Staats-Demonstration eingefordert, sondern echte und tätige Reue: Schluß mit der Asyl-Debatte!

Plausibel wird die These, nicht die Fremden seien das Problem, durch einen Rückblick in die jüngere Geschichte. Noch im Jahr 1989, also vor dem Anschluß der DDR, beherrschte Aids als Angstthema die Medien. Die damals befragten Bundesbürger erklärten repräsentativ, ihnen seien Asylbewerber, auch Zigeuner, lieber als Homosexuelle, Fixer und Prostituierte. So sucht sich eine im Kern unsichere Gesellschaft die Wege der Triebabfuhr für die Mehrheit auf Kosten von Minderheiten, die, ausreichend glaubwürdig zum Problem erklärt, nicht nur verbal zum Abschluß freigegeben werden. „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ – so ein Lehrsatz der christlichen Kirchen. Um die vorhandenen Probleme zu lösen, reicht nicht die Aufforderung, zu den Minderheiten in der Gesellschaft doch bitte recht nett zu sein. Es ist wohl vielmehr so, daß die Mitglieder dieser Gesellschaft erst einmal sich selbst zu lieben hätten, um damit die Voraussetzung zu schaffen, „Nächste“, und seien sie „Fremde“, lieben zu können.

Was die christlichen Kirchen als Fähigkeit zur Nächstenliebe bezeichnen, werten die Sozialwissenschaften individuell wie gesellschaftlich als Identität.

Nur identische Menschen können auch zu der Verantwortung stehen, die sie persönlich und als Gesellschaft übernommen oder auf sich geladen haben. Es ist schon fast makaber, wenn der Titel eines Zeitungsartikels über die Reise-Saison 1993 lautet: „Und ewig lockt die Fremde... Deutsche zieht es wieder in alle Winkel dieser Erde“. Aber „fremd“ sind sie da nie. Eher einnehmend, weil ausgehend. Es ist, um auf die Fragestellung der Multikultur zurückzukommen, nachgerade absurd, daß die Gesellschaft nicht wahrhaben will, wie sie selbst durch Kolonialismus und Internationalisierung von Wirtschaft und Politik die Gründe für Völkerwanderungen und -vertreibungen geschaffen hat. Sie verdrängt ihre Verantwortung für die Ausbeutungsprozesse in der „Dritten Welt“, die erst den Wohlstand dieser Gesellschaft möglich gemacht haben.

Vor diesem Hintergrund strebt gut gemeinte „Ausländerpolitik“ ein gutes Einvernehmen und Zusammenleben der Angehörigen verschiedener Kulturen und Nationen an. In einem Bericht über eine einschlägige Veranstaltung heißt daher: „Ausländer sind integriert – In der Nordstadt klappt die Integration von Ausländern vergleichsweise gut“. Interessant ist der Kern der Begründung: Einigkeit habe unter den Versammelten bestanden über „Vorteile von Ausländer in unserem Land“, worunter die Zahlung von Rentenbeiträgen, Steuern und anderen Abgaben verstanden wurde. Der Dortmunder SPD-Bundestagsabgeordnete Weiermann spitzte diese Begründung zu: „Aufgrund sinkender Geburtenraten brauchen wir Fremde.“

Die Fremden als Manövriermasse für den Erhalt von Wohlstand und Steigerungsraten beim Bruttosozialprodukt. Das hört sich zynisch an, ist aber der Gehalt der zitierten Aussagen, die auch in den Vorstandsetagen der Wirtschaft als Argumente gegen Fremdenhaß gängig sind. Denn wie geht die Gesellschaft mit den Fremden um, die nicht so ergiebig sind? In dem genannten Bericht heißt es: „Dennoch grassiert die Befürchtung vor der Ansiedlung neuer Übergangswohnheime im Stadtbezirk.“ In anderer Perspektive hatte in einer SPD-Ortsvereinssitzung im Dortmunder Norden eine Frau gemeint: „Mit Italienern; Spaniern, Griechen, Portugiesen, Türken, Jugoslawen und so haben wir keine Probleme, aber mit den anderen.“

Wer sind „die anderen“? Die Fremden, mit denen heute agitatorisch Politik gemacht wird: die „Asylanten“, wie mit einem rechtsextremistischen Kampfbegriff mittlerweile allenthalben Flüchtende benannt werden. Die Formulierung „aber mit den anderen“ blieb deshalb so offen, weil die Probleme nicht wirklich auf den Tisch gelegt werden können, die angeblich von diesen „anderen“ verursacht sind.

Bei anderen Gelegenheiten wurde und wird erfreut „Entwarnung“ gegeben, wenn ein Übergangsheim für Asylbewerber an einer bestimmten Stelle

nicht eingerichtet wird. Oder eine Kirchengemeinde lädt zu einer – gut gemeinten – Versammlung, um „übertriebene“ Ängste abzubauen. Gibt es also neben den „übertriebenen“ auch „berechtigte“ Ängste? Die Frage stellt sich so nicht, denn Ausländerfeindlichkeit braucht ebensowenig reale Begründungen wie eine „Befürchtung vor der Ansiedlung neuer Übergangswohnheime“. Einer Phobie ist mit Argumenten schwer oder gar nicht beizukommen. So unbegründet sie auch sein mag – sie ist real und wirkt.

So phobisch, also krankhaft, Fremdenhaß ist, so unwirklich ist er für die betroffenen Fremden, die – zunächst – völlig ratlos sind: Sie haben ja nichts gemacht, was irgendwen zu Haß und Gewalt verleiten könnte. Sie wissen nämlich nicht, daß die Phobie längst sämtliche Ebenen der Gesellschaft durchdrungen hat.

Björn Engholm (damals noch SPD-Vorsitzender) hat sich mit einer besonders perfiden Aussage dem „Problem“ genähert: „Selbst bei den Ausländern, die schon lange hier leben, schleicht die Angst um, daß zu viele Asylbewerber kommen. Und mit Symbolen ist dann dem Unmut der Bevölkerung nicht mehr beizukommen. Wir sind ohnehin schon auf der schiefen Bahn.“ Das ist nicht aus dem Zusammenhang gerissen, sondern bleibt auch im Interviewzusammenhang merkwürdig unbestimmt. Was heißt hier „schiefe Bahn“? Rollen „zu viele Asylbewerber“ an? Und was ist das Gegenteil von Symbolen? Die Abschaffung des Asylrechts?

Kennzeichnend für die Debatten über das „Ausländer-/Asylproblem“ ist, wie von Fremden immer wieder angemerkt wird, daß diese ohne sie als Betroffene geführt werden. Es wird **über sie** gesprochen statt **mit ihnen**. Wer so argumentiert, hat nicht begriffen, daß diese Ausgrenzung elementarer Bestandteil dies Ensembles ist. Denn schließlich handelt es sich nicht um einen gesellschaftlichen Diskurs, der bekanntlich herrschaftsfrei zu sein hätte. Es läuft vielmehr eine politische Agitation gegen Fremde, an der die Fremden zu beteiligen sich ja wohl per definitionem ausschließt. Und wer läßt schon gerne Fragende zu einer Diskussion zu, wenn ihm – s.o.: Phobie – die Argumente fehlen?

Ein wichtiges Fazit aus diesen Überlegungen ist: Fremde sind nicht, Fremde werden gemacht. Und: Fremde werden gebraucht. Nicht nur für das Bruttosozialprodukt, sondern auch für die Triebabfuhr derer, die in dieser Gesellschaft zu kurz gekommen sind und sich einbilden, deshalb ihre Diskriminierung um so heftiger und schärfer an andere weitergeben zu können. Daß Gesellschaft und Staat derzeit nicht daran denken, die wichtigsten und notwendigsten Voraussetzungen für einen Abbau dieser Phobien zu leisten, zeigt die Debatte um doppelte Staatsbürgerschaft und Kommunales Wahlrecht. Beide werden als Schlüssel zur Integration bezeichnet. Man könnte

auch sagen: Sie könnten fremdenfeindliche Agitation und vorhandene Phobien erschweren oder ihnen gar die Grundlage entziehen. Denn damit erst wäre dem Ausländer „recht“ so etwas wie „Recht“ eingehaucht.

Derzeit ist es nicht nur so, daß Fremde sich in unserem Land ständig als Bittsteller fühlen müssen. Sie sind es. Sie haben keine Gleichberechtigung. Es ist auch noch nicht ausgemacht, ob die Welle der Solidarität, die – bezeichnenderweise erst – seit den Morden von Mölln durch das Land geht, mehr ist als Mitleidsbekundung. Von den ökonomischen Begründungen, die immer offen propagiert werden, einmal ganz abgesehen. So steht die Probe auf Humanität und Gleichberechtigung in doppelter Hinsicht aus.

Wer sich mit der Situation von Fremden in Dortmund befaßt, bekommt – insbesondere von den bekannten „Verantwortlichen“ – immer wieder zu hören: „90% aller Dortmunder haben keine Probleme mit Ausländern.“ Dabei wird völlig übersehen, daß die restlichen 10%, wie unsere Befragungen und Gespräche ergeben haben, völlig ausreichen, um unter den Fremden in dieser Stadt Angst und Schrecken zu verbreiten. Und die Gedankenlosigkeit, mit der viele von den 90% an den Problemen vorbeisehen, ist auch nicht ganz belanglos.

Die Fremden sehen das mit den 90% Problemlosen übrigens weithin anders. Es sind häufig genug die „ganz normalen Bürger“, die meinen, bei vermeintlicher Belästigung durch Fremde ihren Vorurteilen freien Lauf lassen zu dürfen. Die Verantwortlichen sollten sich solche Erlebnisberichte ruhig regelmäßig anhören und -sehen müssen. Es ist nicht gewiß, daß das etwas verändern würde. Aber die Selbstgerechtigkeit, mit der fast ganz Dortmund „freigesprochen“ wird, könnte einen kleinen Knacks bekommen. Bei den Verantwortlichen liegt einer der wichtigsten Schlüssel zur Problemlösung. „Maßnahmen“ und „Programme“ können en masse entwickelt, erprobt und umgesetzt werden. Entscheidend ist aber die gesellschaftliche und politische Reaktion. Sie bestimmt das Klima und den moralischen Ton der Auseinandersetzung mit dem Fremdenhaß: Wie reagieren die Lokalpolitiker? Werfen sie die Hände in die Luft und tun nichts? Wie reagieren Bürgerorganisationen? Entscheidend ist, ob die in der Gesellschaft Verantwortlichen moralische Führungskraft beweisen.

Da wir wissen, daß die Agitation und Propaganda der „Asylantenschwemme“, des „vollen Boots“ und des „Asylmißbrauchs“ von Verantwortlichen aus den großen demokratischen Parteien und nicht von irgendwelchen angeblich randständigen rechtsextremen Splittergruppen kommt, wissen wir auch, wie diese moralische Führungskraft aussieht. Der Rat der Stadt Dortmund hat es fertiggebracht, einen Brief des Oberbürgermeisters zur Resolution zu erheben, in dem unter der Überschrift der Solidarität mit

Ausländern gegen den „Mißbrauch des Asylrechts“ gewettert wird. (Der Dortmunder Sozialdezernent Wolfgang Schäfer betrachtet diese Parole unter dem Blickwinkel „Meinungsfreiheit“.)

Allenthalben war und ist bekannt, daß diese Formel **der** Eckstein rechtsextrimer Propaganda gegen Fremde ist. Das hat weder den Oberbürgermeister noch den Rat in seiner Mehrheit gehindert, sich diese Formel zu eigen zu machen. Und weder die in dieser Stadt für Fremde arbeitenden Organisationen noch die Medien haben es für richtig und notwendig gehalten, die Verantwortlichen darauf hinzuweisen, welchen entscheidenden Fehler in der „Ausländerpolitik“ sie sich erlauben haben (könnten). Im kleinen Kreis und hinter vorgehaltener Hand soll es derartige Aufklärungsversuche gegeben haben – ohne hör- oder sichtbaren Erfolg allerdings.

Flüchtlinge sind also in besonderer Weise von der Fremdenabwehr in unserer Gesellschaft betroffen. Sie werden auf eine Art und Weise abgewehrt, die den Verantwortlichen nicht einmal bewußt wird. Daher fehlt(e) auch weitgehend der öffentliche Schutz für Flüchtlinge. Das öffentliche Klima hatte sie preisgegeben. Bis „Mölln“ kam. Der Dortmunder CDU-Bundestagsabgeordnete Erich Fritz reagierte darauf mit folgenden Worten: „Wenn sich nun extremistische Gewalttäter auch gegen lange in Deutschland lebende Ausländer richten, dann zielen sie gegen die Bereitschaft zur Integration, gegen das friedliche Miteinnderauskommen.“ Und gegen was richteten sich alle Anschläge vorher? Nur gegen Asylbewerber?

Immer das Ohr an der richtigen Stelle, posaunte das Boulevard-Blatt der Republik noch viel deutlicher in dieselbe Richtung: „Deutsche im Ausland bespuckt – Der Wahn zieht eine breite Spur durch Europa. Jetzt büßen auch Deutsche für den Irrsinn der Neonazis“. Wenn es nicht so schrecklich wäre, müßte man darüber lauthals lachen. Aber das Lachen bleibt im Hals stecken, wenn man weiß, daß seriöse und angesehene RepräsentantInnen der Republik denselben Geist verbreiten. Der „Frankfurter Rundschau“ hat der ehemalige Bundeskanzler Schmidt erläutert, er halte es für einen Fehler, „daß wir zu Zeiten von Ludwig Erhard ... ausländische Arbeitnehmer in die Bundesrepublik hineingesogen haben“. Und er erklärt die Annahme für „abwegig, daß eine moderne Gesellschaft in der Lage sein müsse, sich als multikulturelle Gesellschaft zu etablieren“. Der NRW-Landesvorsitzende der angeblichen Republikaner ist da deutlicher: „Einem Volk seine Identität zu nehmen, ist nichts anderes als Völkermord. Jeder Verfechter der multikulturellen Gesellschaft gehört somit prinzipiell auf die Anklagebank.“

In der „taz“ wurde – deshalb? – vor einiger Zeit die Frage aufgeworfen: „Wer also, wenn nicht der Verfassungsschutz, schützt die Flüchtlinge und uns wirksam vor der eskalierenden Gewalt von rechts?“ Die Antwort ist

ebenso einfach wie schwierig: „Wir selbst, lautet die erste und allerwichtigste Antwort. Überall wo uns Ausländerhaß begegnet, finden wir Gelegenheit, unsere Zivilcourage zu erproben. Das verlangt meist kein Heldentum, sondern die Bereitschaft, nicht wegzusehen.“

„Hinsehen“ ist etwas anderes als „sich in anderer Leute Angelegenheiten einmischen“. Letzteres ist in dieser Gesellschaft, wenn es – sozial – nichts kostet, sehr beliebt. Hinsehen und eingreifen, wenn Unrecht geschieht, erfordert „nur“ Zivilcourage – und Verständnis. Denn: „Fremd ist, wenn man alleine ist.“ Es steht zu befürchten, daß es – nicht nur – in dieser Stadt viel mehr Menschen gibt, die alleine und sich selbst „fremd“ sind, als Fremde.

Verweigerung von Gleichberechtigung und Solidarität für Fremde ist kein Zufallsprodukt des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Noch ehe der Rassismus Denken, Fühlen und Handeln auf der Straße und vor den Flüchtlingsheimen vergiften konnte, steckte er in den Institutionen, der Staatsideologie, in Gesetzeswerken, in Lehrplänen und Erziehungssystemen, im Einigungsvertrag und in der Kultur. Das hört sich hart an. Die Realität ist – für die Fremden – noch viel härter. Sie haben das „Ausländerrecht“ als Gnaden- und vor allem Abwehrrecht kennengelernt.

Mittlerweile ist es ein Gemeinplatz: Ein friedfertiges Zusammenleben wird es in der Bundesrepublik erst dann geben, wenn diese Republik Abschied nimmt vom Blutsrecht und sich demokratisch zum Einwanderungsland ausgestaltet. Solange dies nicht geschieht, wird ein öffentliches Klima herrschen, in dem es staatlich legalisiert Menschen zweiter und dritter Klasse gibt, die, bitteschön, nicht angesteckt und totgeschlagen werden sollen. Aber gleiche Rechte bekommen sie gefälligst nicht. Die Diskussion über das Asylrecht hat insofern eine besondere Bedeutung für das Leben der Fremden in diesem Land insgesamt, als sich darin am deutlichsten die Abwehralterhaltung gegenüber Fremden kristallisiert. Im Gegensatz zur zitierten Darstellung von Engholm ist dies den meisten Fremden auch bewußt.

„Heute die – morgen du!“ lautet zur Zeit eine Parole. Das Bewußtsein – und die Angst – vieler Fremder in dieser Gesellschaft bestimmt diese Einsicht seit langem. Die Reaktion der Verantwortlichen darauf: „90% haben keine Probleme!“ Die Debatte über das Asylrecht -mittlerweile muß man sagen über die Abschaffung des Asylrechts -hat Rückschlagwirkung. Und gerade deshalb muß diese Debatte verweigern, wer Rechte für Fremde wahren will. Denn solange die Wortführer in der „Asylfrage“ nicht bereit sind, ein Einwanderungsgesetz, das volle Wahlrecht für Ausländer, ein Staatsangehörigkeitsrecht jenseits des Blutrachts, Möglichkeiten der Einbürgerung oder einen Aufenthaltsstatus für Kriegsflüchtlinge in Erwägung zu ziehen, gibt es mit ihnen keine „Asylfrage“ zu diskutieren. Wer sich vorausset-

zungslos auf die derzeitige Asyldebatte einläßt, beteiligt sich an der Propagierung von Parolen wie „Ausländer raus!“ Es geht dann nur noch um die mehr oder weniger vornehme Form der Umsetzung.

Der Club of Rome hat in einer Stellungnahme dargelegt, daß die derzeitige Debatte mit der Realität wenig zu tun hat: „Es ist klar, daß keine Maßnahmen die Einwanderungsbewegung wirksam stoppen werden. Dies könnte zu einer deutlichen Verschärfung des defensiven Rassismus in den Zielländern führen und bei Wahlen rechtsgerichteten Diktatoren zur Macht verhelfen. Dazu darf es nicht kommen. Deshalb kommt es nicht nur darauf an, die Entwicklungshilfe zu erhöhen; ebenso wichtig ist es, die Bevölkerung der reichen Länder darauf vorzubereiten, diese Tatsache zu akzeptieren.“

Das heißt aber vor allem: Die Menschen müssen „darauf vorbereitet werden, die Tatsache zu akzeptieren, daß keine Maßnahmen die Einwanderungsbewegung wirksam stoppen werden“, die „Ausländer raus!“-Agitation also in allen ihren Formen ausschließlich als ideologische Abwehr-Kampagne zu werten ist. Auch das wäre ein Teil einer Akzeptanz, die über die wohlfeile Polemik mit den „90%, die keine Probleme haben“, hinausführt. Wie schwer es ist, „nicht wegzusehen“, hat Theodor W. Adorno punktgenau beschrieben: „Das Zufallsgespräch mit einem Mann in der Eisenbahn, dem man, damit es nicht zu einem Streit kommt, auf ein paar Sätze zustimmt, von denen man, weiß, daß sie auf Mord hinauslaufen, ist schon ein Stück Verrat.“ Verrat an Humanität und Solidarität, weil Beteiligung an Diskriminierung. Die Fremdenfeindlichkeit haben hierzulande Blüten getrieben, die denkende Geister über angemessene Antworten hat nachsinnen lassen. Ein Produkt solchen Denkens sei abschließend zitiert – in der vermutlich vergeblichen Hoffnung daß es gelingt, Fremdenfeinde davon zu überzeugen, daß sie sich mit ihren Aggressionen auch gegen sich selbst richten. Vor allem aber in der Hoffnung, denjenigen, die es sich als Verantwortliche oder Teil der „90%, die keine Probleme haben“, einen Denkstoß geben zu können:

Asyl

Deutsche klauen, hinterziehen Steuern,
betrügen die Versicherung, arbeiten und fahren schwarz.

Deutsche zünden Nachbar-Häuser an.

Kein Asyl für Deutsche!

In der „taz“ stand am 18.12.1982, daß sechs Unterstützer der „Deutschen Aktionsgruppen“ wegen Vorbereitung von Brand- und Sprengstoffanschlägen auf Asylunterkünfte zu Strafen zwischen 10 und 21 Monaten verurteilt worden sind – auf Bewährung. Beispielhaft und beispielgebend für die folgenden 10 Jahre!?

*„Fremd ist der Fremde
nur in der Fremde.“
(Karl Valentin)*

„Multikulturelle“ Stadt – Phantom oder notwendige Perspektive für gemeinsames (Über)leben in Dortmund?

Dortmund, im Dezember 1992 – Fazit

Die Frage „Phantom oder Perspektive?“ müssen wir eindeutig mit „ja“ beantworten. Das erscheint kurios bis absurd. Ist aber bloß Ausdruck widerstreitender gesellschaftlicher Kräfte und Tendenzen. Dortmund ist „multikulturell“. Vor allem einzelne Stadtbezirke und Stadtteile haben eine „multikulturelle“ Bevölkerungsstruktur. Daran wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern, obwohl der Ruf „Ausländer raus!“ auch in dieser Stadt nicht unbekannt ist. Denjenigen, die auf „Multikultur“ setzen, bleiben zwei Möglichkeiten. Entweder: So zu tun, „als ob“ die multikulturelle Stadt weitgehend Realität sei, und vorhandene Probleme im Zusammenleben zu bagatellisieren. Oder: Diese Probleme als Ausgangspunkt zu nehmen, um von dort her die notwendigen Perspektiven gemeinsamen (Über)lebens zu erarbeiten.

Beide Möglichkeiten befinden sich derzeit im gesellschaftlichen Widerstreit. Es ist noch nicht abzusehen, wer „gewinnen“ wird, obwohl sich neuerdings die gesellschaftlichen Aktivitäten mehren, die gegen Fremdenhaß gerichtet sind. (Die im Projekt-Titel betonte Perspektive auch des „(Über)“-lebens hat während unserer Arbeit bedrückende Aktualität gewonnen.)

Wolf-Dietrich Bukow hat auf der Bochumer „Kernade“ 1991 das Problem charakterisiert: „Im Blick auf die Multikultur wird einmal gesagt ‚sie existiert‘ und einmal ‚sie existiert noch nicht‘, dann heißt es einmal ‚sie ist eine Bedingung‘ und einmal ‚sie ist eine Chance‘ oder einmal ‚sie ist unsere Aufgabe‘ und einmal ‚sie ist unser Schicksal‘.“ Was sich so kunterbunt und beliebig anhört und liest, ist eine ausgezeichnete Beschreibung des Kampfes der Gesellschaft um die Beantwortung der Fragen:

– Wollen wir eine multikulturelle Gesellschaft?

– Wenn ja: In welcher Form wollen wir sie?

Die Hoffnungsfrohen setzen, häufig recht unreflektiert, auf „die“ Kinder und „die“ Jugend. Vielleicht ist es nicht ganz angemessen, in diesem Zusammenhang auf die Tatsache zu verweisen, daß die gewalttätigen Angriffe auf Fremde in diesem Land von sehr jungen Menschen verübt worden sind und werden. Aber die Erwartung, daß sich ganz linear alles zum Besseren entwickeln werde, spiegelt die realen Entwicklungen nicht unbedingt wider. Zwar gilt: „Man kann ja nicht multikulturelle Dinge verordnen, das

muß sich erst einmal entwickeln. Und das geht eigentlich nur über die Kinder. Wenn sich das noch zehn Jahre so weiterentwickelt, dann wird es immer ein Stückchen besser.“

Aber es gilt auch, was derselbe Lehrer über in Deutschland geborene Kinder von Fremden gesagt hat: „Diese Kinder leben eigentlich fast als Deutsche.“ Unsere Skepsis gegenüber der Hoffnung auf eine quasi zwangsläufige Verbesserung im Laufe der Zeit wird durch solche unpräzisen Aussagen gestützt: „eigentlich“ und „fast“ leben „diese Kinder als Deutsche“. Da fehlt also noch eine Menge bis zum „Leben als Deutsche“ – in Gleichberechtigung.

Wie eine Entwicklung dahin aussehen könnte, wollten wir von in Dortmund lebenden Menschen erfahren. Unsere wichtigste Erfahrung war: Wenn es überhaupt Gesprächsbereitschaft gab, überwogen zwei Beurteilungen:

- Was soll das ganze Theater? Wir leben doch gut mit den Ausländern!
- Es gibt Probleme. Aber ich weiß nicht, wie die gelöst werden können.

In den Reihen derjenigen, die sich seit Jahren oder gar Jahrzehnten in der „Ausländerarbeit“ abmühen, begegneten wir einer starken Skepsis, die geprägt war von der Befürchtung, wir würden „in die Arbeit reinreden“, „alles besser wissen“ und „durch Kritik nur Schaden anrichten“. Das Gegenteil hatten wir beabsichtigt. Zunächst konnten wir auch gar nicht nachvollziehen, woher die Ängste kamen. Erst nach und nach wurde uns bewußt, wie stark Skepsis und auch Verzweiflung die „Ausländerarbeit“ mitbestimmen. Es herrscht weitgehend das Gefühl vor, „immer noch in den Anfängen zu stecken“, „auf der Stelle zu treten“. Wo wir Ideenreichtum erwartet hatten, bestimmte Ratlosigkeit die Szene. Zu sehr wehrt sich die Gesellschaft gegen die Integrationsbemühungen der wenigen Engagierten.

Ein Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt drückte das Unbehagen an der eigenen Arbeit so aus: „Alle Fachleute raten, nationalitätenspezifische Zentren aufzubauen. Das bedeutet, daß ca. 20 Jahre Integrationsarbeit so erfolgreich nicht gewesen sein können.“ „Unheimlich“ oder „wahnsinnig“ viele Ideen sind schon ausprobiert worden. Und immer wieder wurde und wird zu neuen Arbeitsformen gegriffen, weil Unsicherheit herrscht, ob das Getane richtig war und ist. Woran es – und dies sei bei aller Anerkennung der in den verschiedensten Bereichen geleisteten Arbeit als Anmerkung, Kritik und Anregung erlaubt – vor allem mangelt, ist Kommunikation und Koordination zwischen den verschiedenen Bereichen.

Ein Ergebnis unserer vielfältigen Gespräche faßte eine Mitarbeiterin des mittlerweile aufgelösten Vereins für Internationale Zusammenarbeit in E-

ving kurz und bündig zusammen: „Erfahrungsaustausch? Man hat zuviel mit dem eigenen Bereich zu tun, das kann man nicht, das ist einfach zuviel.“ Auf diesem Hintergrund wird auch das ausländerpolitische Ereignis jeden Jahres, die „Woche der ausländischen Mitbürger“, beurteilt: „Da sind zwar immer dieselben Leute. Aber wenn es diese Woche nicht mehr gäbe, wäre ja gar nichts mehr da.“

„Ausländerarbeit“ wird unter sehr restriktiven Bedingungen geleistet. Von daher ist es selbstverständlich wohlfeil, mehr Kommunikation und Koordination vorzuschlagen oder gar einzufordern. Aber denjenigen, die über diese Bedingungen befinden, sollte bewußt sein, daß die projektspezifische Arbeit allein nicht ausreicht, daß Gelegenheit zum organisierten Erfahrungsaustausch gegeben werden muß -und zwar als integraler Bestandteil der Arbeit, nicht als ehrenamtliches Obendrauf, das die MitarbeiterInnen gefälligst aus Spaß an der Freude zu leisten haben.

Dies erscheint besonders dringlich angesichts der Verschärfung der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen über Fremde in dieser Gesellschaft, deren extremer Ausdruck die Eskalation von Gewalt gegen Fremde ist. Die Personen, gegen die sich die fremdenfeindlichen Aggressionen dem Anschein nach gegenwärtig vornehmlich richten, sind nicht mehr die Menschen aus den „Anwerbeländern“. Es sind die Asylbewerber, die vom System der „Ausländerarbeit“ nicht erfaßt werden.

Nichtsdestotrotz wird das gesellschaftliche Klima für das Zusammenleben mit den Fremden insgesamt durch diese Aggressionen geprägt. Claus Legewie hat es auf den Punkt gebracht: „Jeder Tag, den die Asyldebatte weitergeht, ist ein Punktsieg des fremdenfeindlichen Mobs.“ In diesem Klima ist untergegangen, was Dr. Zamlic in einer Anhörung des Frankfurter MultiKulti-Amtes gesagt und was nach wie vor Gültigkeit hat: „Ich bin schwer krank, ich bin psychosomatisch krank. Ich bin ein Ausländer. Das ist die Diagnose. Ich bin schwer psychosomatisch krank, weil ich keine Rechte habe. Ich lebe als Krüppel, als politisch Behinderter in diesem Land. Und als politisch Behinderter kann ich nicht gesund sein. Keine Psychotherapie, keine Psychoanalyse, keine Verhaltenstherapie kann mir helfen. Die Therapie gegen menschliches Unglück müssen wir offenbar alle gemeinsam entwickeln.“

Die Konsequenz, die hierzulande aus dieser Aussage gezogen worden ist, lautet: „Ausländer“ zu sein, ist ein soziales Problem. Fremde müssen deshalb zum Gegenstand von Sozialarbeit gemacht werden. Diese wird von den Wohlfahrtorganisationen geleistet, die die Angehörigen der verschiedenen Nationen/Kulturen zur Betreuung untereinander aufteilen.

Wiewohl nicht zu bestreiten ist, daß Menschen aufgrund ihrer Herkunft Probleme haben, ist dies eine falsche Konsequenz. Es wird nämlich, womöglich mit Absicht, übersehen, daß es darauf ankäme, durch Gleichberechtigung, also auch durch Behebung von Sprachproblemen, die Voraussetzungen für soziales Zusammenleben ohne diese spezifische Art von Sozialarbeit zu schaffen.

Statt dessen wird die Parole von den „Gastarbeitern“ weiter gepflegt, die ja irgendwann wieder nach Hause fahren. Daß man zu Gästen besonders gastfreundlich ist, hat diese Gesellschaft weitgehend vergessen. Sie hat nicht nur „Ausländer raus!“-Parolen eskalieren, sondern auch die Aussage selbstverständlich werden lassen, „die Ausländer“ seien für alle möglichen Probleme verantwortlich.

Verantwortlich sind die Fremden wahrscheinlich ausschließlich dafür, daß sie die Probleme, die Deutsche mit sich selbst herumschleppen, virulent werden ließen – mit den bekannten Folgen. Das berühmte „Boot“ ist nur deshalb „voll“, weil viele Menschen mit ihren eigenen Problemen nicht zurechtkommen. (Wer einmal in Frankreichs Hauptstadt gewesen ist, in der es sicher auch reichlich Agitation und Gewalt gegen Fremde gibt, wird möglicherweise nicht ein-, aber zumindest sehen, daß eine Gesellschaft noch viel bunter multikulturell aussehen kann als unsere.)

Die deutsche Sprache bringt die Situation wahrscheinlich nicht ohne Grund besonders pointiert zum Ausdruck. „Fremdenangst“ und „Fremdenhaß“ sind keineswegs eindeutige Begriffe. Über weitgehend eingebil­dete Angst vor Fremden und berechtigte Angst der Fremden, über existierenden Haß auf Fremde und kaum merklichen, weil möglicherweise unterdrückten Haß der Fremden hätte eine gesellschaftliche Auseinandersetzung stattzufinden, wenn – nicht nur sprachliche – Klarheit geschaffen werden soll.

Der Ruf nach Einrichtung von MultiKulti-Ämtern, nach Direktwahl von Ausländerbeiräten, nach Schaffung sozialer und kultureller Einrichtungen für Fremde droht die Sozialarbeiter-Perspektive nur zu verlängern, nach der diese Gesellschaft mit den Fremden verfährt. Es käme aber darauf an, Gleichberechtigung zu schaffen. Dazu müßten Gesetze verändert oder geschaffen werden. Ahmet Güler, türkischer Unternehmer, ist der Ansicht, daß dazu die notwendigste Voraussetzung fehlt: „Die Politiker wollen nicht einsehen, daß Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist. Wir sind Einwanderer, die Leistungen erbringen, und wollen als solche behandelt werden.“ (Apropos „Behandlung“: Ein „ausländischer“ Mitarbeiter des WDR, der angeblich besonders nah am Problem des Fremdenhasses „dran“ ist, meinte in einem Beitrag: „Die Juden sind Deutsche. Aber sie werden nach wie vor wie Ausländer behandelt.“ Wie behandelt man Ausländer?)

Wollen „die Politiker“ wirklich nicht? „Tatsächlich ist die BRD heute ein Einwanderungsland; sie unterscheidet sich von klassischen Einwanderungsländern lediglich dadurch, daß die Einwanderung ungeregelt und nicht kontingentiert erfolgt.“ So die ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Lieselotte Funcke. Sie steht nicht allein: „Ein Einwanderungsland müssen wir auch bleiben, denn der Bevölkerungsrückgang und der Altersaufbau machen aus den Deutschen innerhalb weniger Jahrzehnte ein vergreisendes und sterbendes Volk.“ Heiner Geißler, CDU, setzt den spezifischen Akzent, der sehr häufig positive Aussagen über Fremde in Deutschland bestimmt und obsolet macht – den ökonomischen.

Vorherrschend ist aber nach wie vor die Abwehr von Fremden. Daß „die BRD kein Einwanderungsland“ sei, ist nicht nur eine Beschwörungsformel, mit der sich ratlose Politiker herausreden wollen: „Das Gerede von der multikulturellen Gesellschaft legt die Axt an die Wurzeln unserer in Jahrhunderten entwickelten nationalen und kulturellen Identität.“ Mit der kann es ja dann wohl nicht sonderlich weit her sein. Herr Stoiber, CSU, steht mit dieser nicht sonderlich fremdenfreundlichen Äußerung nicht allein. Derartigen „Klartext“ reden auch der ehemalige Bundeskanzler Schmidt, SPD, und Repräsentanten von Gruppierungen, die ohne Probleme als rechtsextremistisch bezeichnet werden können. Eine Konstellation, die Menschen, die in der „Ausländerarbeit“ tätig sind, nicht nur nachdenklich werden, sondern manchmal auch verzweifeln läßt.

Erst „nach Mölln“ hat es eine gesellschaftliche Gegenwehr gegen solche „Brand-Sätze“ (Siegfried Jäger), vor allem aber gegen handgreifliche und bewaffnete Aggressionen gegen Fremde gegeben. So groß die Hoffnung ist, die in solche Aktionen gesetzt wird: Nach wie vor ist unklar, welche massenhafte gesellschaftliche Bedeutung der Satz „Mein Freund ist Ausländer!“ hat. Noch unklarer ist, ob der Satz „Mein Freund ist Asylbewerber!“ auch nur annähernd soviel Akzeptanz finden würde.

Denn die ökonomische Perspektive, aus der Herr Geißler die multikulturelle Gesellschaft definiert, ist in den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bestimmend. Die Studie „Ausländer verlassen die Stadt Düsseldorf“ ist nicht einzigartig geblieben. Legion sind die Aussagen von Politikern, Unternehmern, Gewerkschaftern, Kirchenleuten und anderen Repräsentanten der Gesellschaft, in denen betont wird, daß „wir ohne Ausländer in einigen Bereichen des Wirtschaftslebens nicht mehr auskommen“.

Ahmet Güler, der schon einmal zitierte türkische Unternehmer, drückt dies so aus: „Wir kurbeln die deutsche Wirtschaft an, zahlen Steuern, Solidaritätsbeiträge und Sozialabgaben, und trotzdem werden wir gesondert behandelt“ „Trotzdem“? Ökonomische Gleichheit ist noch nicht ökonomische

und schon gar nicht soziale und politische Gleichberechtigung. Wenn wir uns die Situation der Fremden ansehen, die die deutsche Wirtschaft nicht ankurbeln..., also der Asylbewerber, dann verstehen wir besser, warum Güler und seine Landsleute „trotzdem gesondert behandelt“ werden: Der Grund dürfte darin liegen, daß die Fremden entgegen der realen Entwicklung als Durchreisende betrachtet werden, die bei Gelegenheit ihre Koffer wieder zu packen haben.

Richtig ist, daß die meisten Fremden, die als „Gastarbeiter“ hierhergekommen sind, den festen Willen hatten, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Mit den Jahren – und mit den Kindern – verschwindet dieser Wunsch. Dreiundachtzig Prozent aller Türken wollen in Deutschland bleiben. Fast zehn Prozent sind mittlerweile Eigenheimbesitzer. Die deutsche Gesellschaft schert solche Seßhaftigkeit nicht sonderlich. Sie interessiert sich nicht für die spezifischen Generationenkonflikte in den fremden Kulturen. Und weil sie die Augen davor verschließt, hat sie auch keine Vorstellung davon, wie Senioren aus fremden Ländern hier ihren Lebensabend in Einklang mit ihrer Tradition verbringen können und sollen. In diesem Zusammenhang gehört die fast schon penetrante Ignoranz gegenüber der Notwendigkeit, Fremde selbst an der „Integrationsarbeit“ zu beteiligen.

Eine Mitarbeiterin des Dietrich-Keuning-Hauses: „Es klappt besser, das will ich klar und deutlich sagen, wenn Ausländer mitbeteiligt sind als Lehrer. Solche ausländischen Mitarbeiter sind in Dortmund noch eine seltene Perle.“ Da verwundert die Antwort eines ehemaligen Leiters der Projektgruppe Innenstadt-Nord eigentlich: „Es gibt in der PG Nord keine Ausländer als Mitarbeiter. Ich weiß auch nicht, ob das so unheimlich wichtig, im planerischen Bereich so sinnvoll ist.“ Aus der Perspektive des „Technikers“ anscheinend nicht. Aber da technische Planung für den sozialen Raum und in ihm stattfindet, dürfte die Aussage aus dem Dietrich-Keuning-Haus näher an den Notwendigkeiten – und näher am Integrationswillen – liegen.

Besonders schwierig ist in fremdenfeindlicher Atmosphäre der Versuch, eine realitätsgerechte Auseinandersetzung mit fremder Kultur in allen ihren Aspekten zu führen. Angesichts der Notwendigkeit, fremdenfeindliche Tendenzen abzuwehren, werden häufig Probleme ignoriert oder nur ganz am Rande erwähnt. Drei kurze Zitate sollen zeigen, wie tief die Kluft zwischen den Kulturen ist und wie hilflos die Beteiligten sein können.

Ein evangelischer Pfarrer: „Aus der türkischen Pädagogik spricht eine ganz schwarze, autoritäre Pädagogik mit autoritären Machtstrukturen.“

Ein Grundschulrektor: „Das ist für mich ein nicht lösbares Problem, der Islam.“

Ein türkischer Teilnehmer an einer Podiumsdiskussion über Demokratie in der Türkei: „Islam und Demokratie sind miteinander nicht vereinbar.“

Soweit wir das beurteilen können, gibt es bis heute keinen Ort, an dem diese Sätze diskutiert wurden – oder diskutiert werden konnten. Woher soll Hilfe kommen? Wir haben während unserer Arbeit die verschiedensten Veranstaltungen gegen Fremdenhaß besucht. Es blieb immer wieder derselbe Eindruck zurück: Diese Veranstaltungen hatten ihren guten Sinn, sie waren gut gemeint. Aber sie hatten wenig mit gesellschaftlichem Leben zu tun, waren eher Rituale. Sie waren ebenso vernunft- wie verstandesgeprägt, ohne die Herzen zu erobern. So zynisch es klingen mag: Die fremdenfeindlichen Aktionisten sind demgegenüber mit ihren (zerbrochenen) Herzen dabei. Eine der wichtigsten Aufgaben von „Ausländerarbeit“ wird es sein, der „Multikultur“ den Charakter einer „Veranstaltung“ zu nehmen.

Erst wenn In- und Ausländer zusammen **leben**, wird dem Fremdenhaß der gesellschaftliche Boden entzogen sein. Erst dann werden die Fremden sich hier zu Hause fühlen können. Denn: „Fremd ist der Fremde nur in der Fremde.“

Anhang

Was ist Multikultur? Leitfragen für narrative Expertinnen-Interviews

Was verbinden Sie mit dem Begriff „multikulturelle Gesellschaft“?

Ist Dortmund in diesem Sinne „multikulturell“?

Welche Einrichtungen in Dortmund sind „multikulturell“?

Wie erleben Sie Arbeit mit AusländerInnen in Dortmund? Wie beurteilen Sie diese? Was ist daran multikulturell?

Haben AusländerInnen in Dortmund die Möglichkeit, „ihre Kultur“ zu leben, zu verwirklichen, einzubringen?

Wie erlebt Ihres Erachtens die einheimische Bevölkerung ihre ausländischen MitbürgerInnen? Sehen Sie Differenzierungen nach Nationen und Kulturen?

Sehen Sie in dieser Stadt ein Mit-, Neben- oder Gegeneinander von Menschen unterschiedlicher Nationalität und Herkunft?

Welche Bedeutung für das Zusammenleben hat Ihres Erachtens der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in einem Stadtteil? Wie beurteilen Sie die gegenseitige Toleranz?

Führt der hohe AusländerInnenanteil in einigen Stadtteilen bzw. -bezirken (in der Innenstadt-Nord liegt er bei ca. 30%) zur „Ghettoisierung“ der ausländischen Bevölkerung?

Sind Ihres Erachtens deutsche Bevölkerung und Institutionen offen für Impulse, die von „fremden“ (andersartigen) Kulturen ausgehen?

Die Menschen, die hierher kommen, gehören zum Teil nicht-christlichen Religionen an, vor allem dem Islam. Gibt es Ihres Erachtens in der deutschen Bevölkerung Verständnis und Toleranz gegenüber anderen Religionen? Was, meinen Sie, wissen die Menschen hier in Dortmund überhaupt darüber? Kennen Sie selbst den Koran?

Wie beurteilen Sie die Integration der AusländerInnen im Bildungsbereich? Gibt es Ihres Erachtens eine Chancengleichheit für ausländische Kinder und Jugendliche in Schule und Beruf?

Sollte Ihres Erachtens in Schulen/Schulklassen mit besonders hohem „AusländerInnenanteil“ mehr Rücksicht genommen werden auf die spezielle Situation dieser Schüler (muttersprachlicher Unterricht, höhere Bewertung der Zweisprachigkeit)?

Meinen Sie, daß Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Nationalität, die hier Freundschaft miteinander schließen, von ihren Eltern genügend Unterstützung erhalten?

Meinen Sie, daß die interkulturellen Angebote (z.B. Spielangebote) ausreichend sind?

Wie könnten sie erweitert werden?

Wie beurteilen Sie die Lage der AusländerInnen auf dem Wohnungsmarkt?

Meinen Sie, die Wohnsituation der AusländerInnen sei insgesamt angemessen, ausreichend oder verbesserungsbedürftig?

Werden Ihres Erachtens ausländische MitbürgerInnen in Dortmund an Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung ausreichend beteiligt? Beteiligen diese sich selbst daran?

Meinen Sie, daß ausländische Frauen ausreichende Möglichkeiten haben, Freizeit so zu gestalten, wie sie das aus ihren Heimatländern gewohnt sind?

Sollten und könnten diesen Frauen mehr Möglichkeiten geboten werden, einen eigenen Freiraum zu schaffen (Kindergärten, Frauencafes, Hammam/Türkisches Badehaus)?

Gibt es Ihres Erachtens ausreichend Angebote zur Frauenförderung in Dortmund (Alphabetisierungs-, Deutsch-Kurse)?

Gibt es Ihres Erachtens ausreichend ausländische MitarbeiterInnen für solche Kurse?

Wie beurteilen Sie die Situation der türkischen MitbürgerInnen im Vergleich zu der der italienischen (von den Anfängen bis heute)?

Können Sie Vergleiche ziehen zwischen der Einwanderung von Polen Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts in das Ruhrgebiet und der Arbeitsmigration der letzten 30 Jahre?

Was ist Ihr Eindruck: Arbeiten AusländerInnen immer noch vorwiegend in Berufen mit geringen Qualifikationsanforderungen, oder hat hier eine Verschiebung stattgefunden?

Wie beurteilen Sie Aktionen wie die „Woche der ausländischen MitbürgerInnen“? Sollte in dieser Richtung mehr unternommen werden? Wie beurteilen Sie die Beteiligung der AusländerInnen an solchen Veranstaltungen?

Wie beurteilen Sie insgesamt und allgemein die Lebenssituation der AusländerInnen in Dortmund?

Sehen Sie den mit der Einwanderung verbundenen sozialen Prozeß als abgeschlossen an? Wie würden Sie ihn charakterisieren: Integration, Assimilation oder...?

Mit welchen Kulturen haben Sie aufgrund persönlicher Freundschaften, beruflicher oder gesellschaftlich-politischer Tätigkeit Kontakt?